

W O R A W

Inhalt

Vor 40 Jahren Generalstreik in Deutschland
Seiten 6 und 7

Drohende Zechenstilllegung bei Sophia-Jacoba
Seiten 11 und 12

Wahlboykott in Südafrika
Seite 9

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 106 - Dezember 1988/Januar 1989

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

1988 war ein schlechtes Jahr für die CDU. In Schleswig-Holstein verlor sie nach über 40 Jahren die Regierungsmacht an die SPD und konnte gerade noch jede dritte Wählerstimme erhalten. Mit dem Abtritt Jennings hat sie nun schon den zweiten Bundestagspräsidenten seit 1984 fallen lassen müssen. In Rheinland-Pfalz, der Heimat von Kohl und Geißler, wurde gegen deren dringliche Empfehlung erstmals in der CDU-Geschichte überhaupt ein amtierender CDU-Landesvorsitzender und Ministerpräsident von der Partei abgewählt.

Bis auf Baden-Württemberg, wo sie in der Landtagswahl vom März 1988 noch gerade die absolute Mehrheit halten konnte, mußte die CDU eigentlich überall um den Bestand ihrer Landesregierungen zittern.

Spielbankenskandal

So in Niedersachsen, wo der Spielbanken-Skandal schon den Kopf des Innenministers (und CDU-Landesvorsitzenden) Hasselmann gekostet hat und nach Meinungsumfragen die SPD nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein und dem Saarland die Chance hat, aus dem Stand die absolute Mehrheit zu erobern.

Schnüffel-Skandale

So in Berlin, wo die Enthüllungen über die Schnüffeleien des Verfassungsschutzes bei SPD, Alternativer Liste und „Tageszeitung“ nur die Spitze des Eisberges darzustellen scheinen. Ebenso in Rheinland-Pfalz, wo die Angst vor weiteren Stimmenverlusten gerade auch auf dem flachen Land offensichtlich zu Vogels Abwahl geführt hat.

Diätenskandal

Und nicht zuletzt auch in Hessen, das die Bürgerlichen mit hauchdünner Mehrheit 1987 übernommen haben und wo der Skandal um die Diätenerhöhung im Landtag zu einer Krise und dem Abtritt des Landtagspräsidenten führte. Hätten die Abgeordneten der SPD von Anfang an die Diätenerhöhung abgelehnt, dann hätten sie im Sommer 1988 eine offensive Kampagne für Neuwahlen starten können. Bei den Neuwahlen wäre derzeit auch in Hessen eine Abwahl der CDU/FDP-Koalition wahrscheinlich.

Mitgliederverluste und Unzufriedenheit bei den verschiedenen Flügeln

der „Volkspartei“ CDU prägen die Lage. „Kiel kann überall passieren“, meinte der baden-württembergische Vorsitzende der Jungen Union, Oettinger, auf dem „Deutschlandtag“ der CDU-Jugend in Baden-Baden. Er sagte, „daß der Fall Barschel systemtypisch und systemimmanent ist, weil die Regierungszentralen mehrheitlich die Macht über die Parteiarbeit übernommen haben.“

Selbst dort, wo SPD-Landesregierungen derzeit wegen ihrer Kürzungspolitik mit Gewerkschaften, Schüler und Studenten zu Aktionen und Demonstrationen zwingen, rechnet sich die CDU kaum Chancen aus, die Regierung zu übernehmen.

Neuwahlen

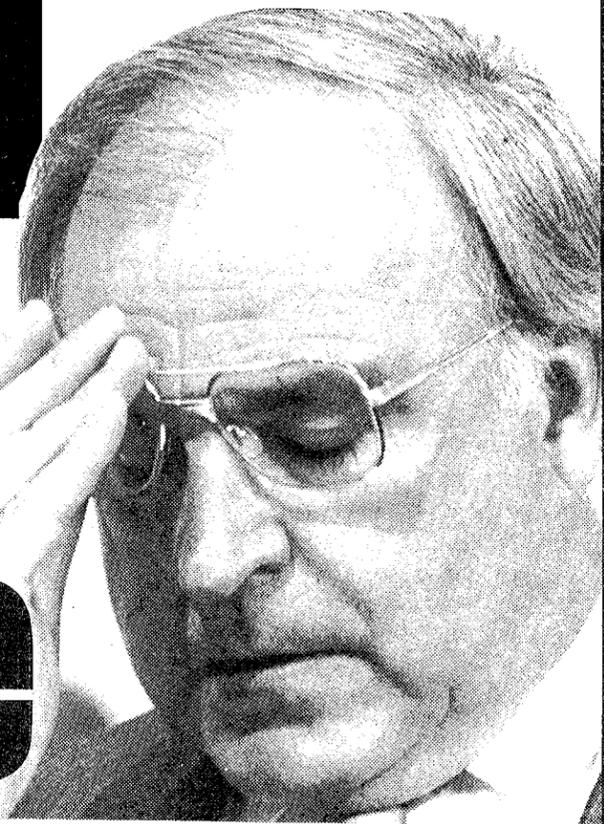
In Niedersachsen und Rheinland-Pfalz fordern die SPD-Fraktionsvorsitzenden Schröder und Scharping Landtags-Neuwahlen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Doch wenn gleichzeitig die Führung in Bonn der Kohl-Regierung die Zusammenarbeit etwa in Sachen Rentenreform anbietet und darüber hinaus nicht ausschließt, auch einmal wieder mit der CDU zusammen eine Regierung zu bilden, dann paßt dies hierzu wie die Faust aufs Auge.

Bei den 1989 anstehenden Kommunalwahlen und vor allem der Europawahl im Juni 1989 bietet sich die Chance, der Kohl-Regierung die rote Karte zu zeigen. Neu eroberte (und auch ausgebaute) Bastionen der SPD in Großstädten und Ländern könnten ein Ausgangspunkt sein, um den „Schwarzen“ in Bonn für immer das Handwerk zu legen. Doch dazu muß eine kämpferische sozialistische Politik her.

Hans-Gerd Öfinger
Jungsozialist

Genug der Skandale zeigt

Kohl die rote Karte!



Karte!



Angesichts der Unternehmergewinne:

Wir fordern Nachschlag!

„Drei Jahre sind zu lang!“ Das hörte man von vielen Kollegen bei der letzten Tarifrunde. „Man kann nicht wissen, was alles in drei Jahren passiert.“ Diese Warnung stellt sich jetzt als richtig heraus. Während die Löhne und Gehälter jährlich um nur ein oder zwei Prozentpunkte steigen, schießen die Profite in die Höhe. Die Chemieindustrie hat in den letzten Jahren besonders sagenhafte Gewinne gemacht, aber auch die Metall-, Auto- und Elektrobranchen wissen nicht wohin mit den Moneten.

Diese Profitflut veranlaßt viele Gewerkschafter, einen Lohnnachschlag zu fordern; insbesondere die IG Chemie hat die Forderung in die Diskussion hineingebracht. Auch die Stahlarbeiter in Rheinhausen fordern 1000,- DM mehr pro Arbeiter angesichts des plötzlichen Stahlbooms.

Eine Nachschlagsforderung ist völlig berechtigt, denn die Arbeiter und Angestellten in diesen Industrien haben die zusätzliche Leistung erbracht. Sie sollten auch dafür bezahlt werden. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Unternehmer einfach die Gewinne daraus wegstecken!

Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß die Zahl von Leiharbeiten und Arbeitnehmern mit befristetem Arbeitsvertrag in den letzten Jahren enorm zugenommen hat.

Jeder weiß, daß dieser Aufschwung nur von vorübergehender Dauer ist und daß die Arbeitgeber mit Hilfe ihrer Regierung schon vorgesorgt haben. Mit den ersten Anzeichen eines Abschwungs werden die Arbeiter und Angestellten auf den Müllhaufen geworfen. Angesichts enormer Gewinne der Unternehmer sollten wir ein Verbot von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen fordern. Was wir brau-

chen, sind sozial abgesicherte und rechtlich geschützte Arbeitsplätze für alle!

Schikane

Auch von der ÖTV wird auf die steigenden Staatseinnahmen (Steuer etc.) hingewiesen, um Arbeitszeitverkürzungen und Gehaltserhöhungen zu fordern. Die ÖTV verzichtete ursprünglich auf Prozepte bei den Gehaltserhöhungen, um eine Arbeitszeitverkürzung zu erreichen, wurde aber später doch nur schikaniert. So sollten sie sich z.B. mit einer um 10 Minuten verlängerten Mittagspause zufrieden geben! Jetzt bietet sich die Chance, einen gerechten Tarifabschluß im Nachhinein zu erreichen.

Man sollte auch nicht glauben, daß hohe Gewinne mehr Arbeitsplätze bringen. Trotz der über 100%igen Gewinnsteigerung, die die Metall-Arbeit-

geber in den letzten Jahren eingefahren haben, sinkt die Zahl der Beschäftigten. In der Chemiebranche sieht es ähnlich aus.

Milliarden

Genausowenig stimmt es, daß die Gewinne rückinvestiert werden. Die großen Konzerne beschäftigen sich seit Jahren viel lieber mit Spekulationsgeschäften, als Investitionen in die eigenen Industrien. Milliarden liegen in den Tresoren der Konzerne (z.B. bei Siemens: 21,9 Mrd. DM, bei Daimler: 10 Mrd. DM) statt Arbeitsplätze zu finanzieren.

Die Konzerne haben klar bewiesen, daß sie sogar in einer Zeit märchenhafter Gewinne Arbeitslosigkeit und Armut anwachsen lassen. Wir sollten sie verstaatlichen!

Stuart Garvie, Köln, Betriebsrat IG Metall- und SPD-Mitglied

Der Kommentar

Krise in der CDU

Zur Halbzeit zwischen zwei Bundestagswahlen steckt die CDU in einer Krise wie noch nie in ihrer Geschichte. Wahlniederlagen, heftige interne Kritik und spektakuläre Abtritte prominenter CDU-Politiker prägen die Szene. Nach jüngsten Meinungsumfragen liegt die SPD wieder vor der CDU/CSU. Wenn jetzt überall Landtagswahlen wären, müßte die CDU/CSU befürchten, bis auf den Süden alle Landesregierungen zu verlieren.

Dabei sind die wirtschaftlichen Umstände zur Zeit wider Erwarten günstiger, als es die Regierung nach dem Börsenkrach vom Oktober 1987 ahnen konnte. Mit über drei Prozent Wirtschaftswachstum, einer gesteigerten Kapazitätsauslastung der Industrie und immer noch relativ geringer Preissteigerungsrate hätte früher eigentlich fast jede bürgerliche Regierung „beruhigt“ sein können.

Angst vor der Zukunft

Doch die Nervosität und Spannungen innerhalb der CDU wie auch die Konflikte zwischen den drei Regierungsparteien zeigen, daß die politischen Interessenvertreter des Kapitals um die Zukunft ihrer Klasse wie auch ihre eigene Karriere besorgt sind.

Schon 1985, als die CDU nach Jahrzehnten die saarländische Landesregierung an die SPD abgeben mußte und die SPD ihre absolute Mehrheit in Nordrhein-Westfalen ausbaute, dachten wichtige Teile der CDU laut darüber nach, ob sie Kohl absägen und durch einen neuen „Kopf“ ersetzen sollten. Im Januar 1987 konnte die CDU/CSU – wenn auch mit Stimmenverlusten – noch einmal siegen, weil wichtige Teile der SPD-Spitze von ihrem eigenen Programm nicht überzeugt waren und gar nicht an die Regierung wollten. Seither jedoch war die Kohl-Regierung mit einer massiven gesellschaftlichen Unzufriedenheit konfrontiert, die sich bis heute gesteigert hat und auch 1989 weiter anwachsen dürfte.

Unzufriedenheit wächst

Arbeiter in Krisenbranchen, Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Bauern, Schüler und Studenten haben in Streiks, Demonstrationen, Blockaden und Protesten ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen und vor allem mit der Bonner Regierungspolitik ausgedrückt.

Die großartige Bewegung der Rheinhausener Stahlarbeiter hat gezeigt, daß eine zum Kampf entschlossene Belegschaft durch Taten auch die Jugend, die Rentner, viele Selbständige und selbst Bauern mit sich ziehen kann und so den angestauten, überall vorhandenen Unmut zum Vorschein bringen kann. Während ein Herr Blüm noch in Hattingen versuchte, die Passivität der SPD-Landesregierung demagogisch auszuschlachten und sich als Verfechter von Stahlarbeiter-Interessen zu profilieren, hat Rheinhausen gezeigt, daß die CDU keine Chance hat, wenn die Arbeiter sich erst einmal in Bewegung gesetzt haben.

Schüler- und Studentenbewegung

Dabei war Rheinhausen nur ein Vorgeschmack dessen, was im Ruhrgebiet wie auch bundesweit passieren wird, wenn Belegschaften „mit dem Rücken zur Wand“ stehen und zum Kampf um ihre Existenz gezwungen sind. Doch noch bevor das „nächste Rheinhausen“ Schlagzeilen macht, könnte sich die allgemeine Unzufriedenheit auch an anderer Stelle entladen. Die Bewegung der Studenten und Schüler gegen miserable Studien-, Lebens- und Wohnbedingungen ist die größte Bewegung seit 20 Jahren: Sie dreht sich um handfestere Ziele und Forderungen als die „APO“ des Jahres 1968 und hat schon jetzt viel mehr Verständnis und Sympathie in der arbeitenden Bevölkerung als die 68er Studentenbewegung. Im übrigen zeigen die (von der inländischen Presse heruntergespielten) massiven Streikbewegungen in vielen europäischen Ländern, daß gerade in Phasen wirtschaftlichen Wachstums viele Arbeiter erst recht ein größeres „Stück vom Kuchen“ verlangen.

Eine Chance, die Bundestagswahl Ende 1990 noch einmal zu gewinnen, hat die CDU/CSU nur dann, wenn der unvermeidliche und höchstwahrscheinlich von den USA ausgehende Weltwirtschaftsabschwung bis dahin noch nicht voll greifen sollte und vor allem wenn die SPD-Spitze in einem leidenschafts- und inhaltslosen Wahlkampf den Sieg verspielen würde.

Ende der Kohl-Regierung beschleunigen

Selbst wenn die Genossen vom SPD-Parteivorstand nicht auf Sieg setzen und dafür voll mobilisieren würden, könnte die bis dahin noch gesteigerte Unzufriedenheit der Arbeiter, Angestellten, Arbeitslosen, Jugendlichen und Rentner die Kohl-Regierung bei den nächsten Wahlen aus dem Amt fegen.

Die Erfahrung mit sozialistischen Regierungen in Frankreich, Griechenland, Spanien, Norwegen und anderswo zeigt, daß die Arbeiter auch ihrer „eigenen“ Regierung gegenüber sehr ungeduldig werden, wenn diese ihren Lebensstandard angreift und kapitalistische Krisenverwaltung betreibt.

Um die Kohl-Regierung wirksam zu bekämpfen braucht die SPD ein sozialistisches Programm. In einer demokratisch geplanten und verwalteten Wirtschaft könnten die Reichtümer der Gesellschaft zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden. Sozialabbau, Wohnungsnot, Bildungsnotstand, Umwelterstörung und Arbeitslosigkeit würden so für immer der Vergangenheit angehören. Die heute schon bestehenden SPD-Bastionen in Ländern und Großstädten könnten – im Schulterschuß mit den Gewerkschaften – jegliche Sparpolitik ablehnen und so das Ende der Kohl-Regierung beschleunigen.

Vor 70 Jahren:

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet!

Luxemburg und Liebknecht waren zwei der großartigsten Persönlichkeiten, die die internationale Arbeiterbewegung hervorgebracht hat. Sie wurden gezielt von Freikorps-Offizieren ermordet, die den Befehlen des SPD-Mannes Noske unterstanden, gerade, als die deutsche und die internationale Arbeiterklasse ihrer am dringenden bedurften: in einer entscheidenden Phase der deutschen Revolution 1918/19.

Der Tod der beiden Revolutionäre war für die Arbeiterbewegung ein großer Verlust. Seit Beginn ihrer politischen Tätigkeit gehörten sie zu den entschiedensten und konsequentesten Führern der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung. Sie vertraten das klare Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse durch die sozialistische Revolution.

Kampf gegen Reformismus

Rosa Luxemburg erkannte schon sehr früh die reformistischen Tendenzen in der deutschen Sozialdemokratie. Schon 1899 greift sie in ihrer



Karl Liebknecht: mutig und kompromißlos gegen Militarismus und Krieg

Schrift „Sozialreform oder Revolution“ in die sogenannte Revisionismusedebatte ein und wendet sich brillant und mit großer Überzeugungskraft gegen die Theorie Bernsteins, die „praktisch auf nichts anderes“ hinausläuft „als den Rat(...) die soziale Umwälzung, das Endziel der Sozialdemokratie, aufzugeben und die Sozialreform umgekehrt aus einem Mittel des Klassenkampfes zu seinem Zwecke zu machen.“

Angesichts der Diskussionen, die heute unsere Partei beherrschen, ist diese Schrift Luxemburgs leider immer noch von großer Aktualität.

Karl Liebknecht zeichnete sich besonders durch seine mutige, kompromißlose Haltung im Bezug auf Militarismus und Krieg aus. Er wies auf den klaren Klassencharakter des Militarismus hin und betonte ständig die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit der Arbeiterklasse.

Agitation

Wegen seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung“, die 1907 erschien, wurde er wegen Hochverrats angeklagt und zu 1½ Jahren Festungshaft verurteilt.

In den Jahren 1913/1914 wurde die Kriegsgefahr immer deutlicher. Als unermüdete Agitatoren nahmen Luxemburg und Liebknecht an Versammlungen der Arbeiter teil, riefen zum Kampf gegen die Kriegsgefahr auf und forderten die Arbeiter auf, im Falle eines Krieges nicht auf ihre Klassenbrüder in Frankreich oder anderen Ländern zu schießen. Sie befanden sich damit noch im Einklang mit der Sozialistischen Internationale.

Für diese Agitation wurde Rosa Luxemburg 1914 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. In ihrer Verteidigungsrede zeigt sich deutlich ihre Haltung: „Der Staatsanwalt hat wörtlich gesagt - ich habe es mir notiert: Er bean-

trage meine sofortige Verhaftung, denn ‚es wäre ja unbegreiflich, wenn die Angeklagte nicht die Flucht ergreifen würde‘. Das heißt mit anderen Worten: Wenn ich, der Staatsanwalt, ein Jahr Gefängnis abzubüßen hätte, dann würde ich die Flucht ergreifen. Herr Staatsanwalt, ich glaube Ihnen. Sie würden fliehen. Ein Sozialdemokrat flieht nicht. Er steht zu seinen Taten und lacht Ihrer Strafen.“

Kriegskredite

Am 4. August 1914 entpuppten sich die 1912 von der 2. Internationale gefaßten Resolutionen zur Verhinderung eines Weltkrieges als leere Worte. An diesem Tag stimmte Karl Liebknecht als einziger der SPD-Fraktion im Reichstag gegen die Bewilligung der kaiserlichen Kriegskredite.

Auch Rosa Luxemburg bewahrte klar ihre sozialistische Position, die ja eine internationale sein muß. Sie schrieb am 4. Dezember 1914:

„Die wissenschaftliche Erkenntnis, die untrüglichen wegweisenden Grundsätze, auf die wir als Marx' und Engels' Jünger bislang so stolz waren, sind uns eben dazu gegeben, damit wir nicht von blindwaltenden Kräften der Geschichte wie schwankendes Rohr

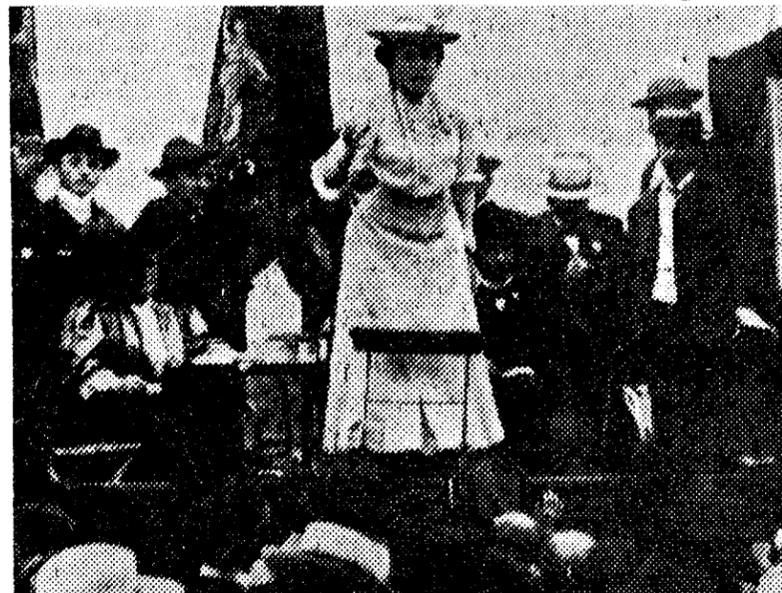
würgenden Schlinge der Scheidemann und Legien, der Bourgeoisie auf Gnade und Ungnade preisgegeben, zappeln und ersticken. Aus kleinen Sekten und Konventikeln kann man „austritten“, wenn sie einem nicht mehr passen, um neue Sekten oder Konventikel zu gründen. Es ist nichts als unreife Phantasie, die gesamte Masse der Proletarier aus diesem schwersten und gefährlichsten Joch der Bourgeoisie durch einfachen „Austritt“ befreien zu wollen und ihr auf diesem Wege mit tapferem Beispiel voranzugehen.“

Revolution

In den folgenden zwei Jahren entwickelten sich die Ereignisse in immer schnellerem Tempo. Enttäuscht von der Politik der SPD-Partei-Führung spaltete sich unter dem Eindruck einer gewaltigen Streikwelle im April 1917 die USPD ab. Der Sieg der Russischen Revolution begeistert und ermutigt auch die kriegsmüden deutschen Arbeiter. Ab November 1918 herrschte die Revolution auch in Deutschland.

Während dieser Ereignisse legte die Führung der USPD mehr und mehr eine schwankende und unentschlossene Haltung an den Tag. So eine Partei ist den Anforderungen, die eine revolutionäre Situation stellt, nicht gewachsen. So verließ der linke Flügel unter der Führung Luxemburgs und Liebknechts die USPD und gründete die KPD. Rosa Luxemburg ist auch hier der führende Kopf und versucht, die Genossen der neuen Partei in ihrem revolutionären Ungestüm zu bremsen.

„Rußland hatte vorher eine lange Revolutionsgeschichte, die Deutschland nicht hat. In Rußland beginnt die



Rosa Luxemburg war eine brillante Theoretikerin, eine glühende Kämpferin und eine hinreißende Agitatorin.

hin und her gepeitscht werden, damit uns nicht, wie den biblischen Jungfrauen, das Öl auf dem Lämpchen just in dem Augenblick ausgeht, wo der Bräutigam an die Tür pocht.“

Ausschluß

Karl Liebknecht blieb fest in seiner Ablehnung der Bewilligung der Kriegskredite - lange Zeit war er damit allein auf weiter Flur. Erst ab Dezember 1915 gesellten sich weitere Fraktionsgenossen zu ihm. Bis zum 24.3.1916 waren es zwanzig sozialdemokratische Abgeordnete geworden. Alle wurden sie aus der Fraktion ausgeschlossen, Liebknecht schon im Januar 1916.

In dieser Zeit schlossen sich Liebknecht, Luxemburg und andere revolutionäre Marxisten zur „Gruppe Internationale“ zusammen, aus der später der „Spartakusbund“ hervorging. Sie kämpften also weiter innerhalb der Partei für ihre Positionen. Luxemburg ermunterte auch andere, dies zu tun:

„So löblich und begreiflich die Ungeduld und der bittere Groll sind, aus denen heraus sich heute die Flucht vieler der besten Elemente aus der Partei ergibt: Flucht bleibt Flucht, uns ist sie ein Verrat an den Massen, die in der

Revolution nicht im März 1917, sondern bereits im Jahre 1905. Die letzte Revolution ist doch nur das letzte Kapitel, dahinter liegt die ganze Periode von 1905 an. Da erreicht man eine ganz andere Reife der Massen als heute in Deutschland. Ihr habt nichts hinter Euch als die elende halbe Revolution vom 9. November. Wir haben sehr reiflich zu überlegen, was der Revolution jetzt am meisten frommt und wie ihre nächsten taktischen Aufgaben aussehen und zu formulieren sind.“

Todfeinde

Zur selben Zeit herrschte im ganzen Reich eine wütende Greuelpropaganda gegen die Spartakisten, bei der der „Vorwärts“, die Zeitung der SPD, eine aktive Rolle spielte. Ihnen war klar: Luxemburg und Liebknecht waren Todfeinde von Opportunismus und Bürokratie. Sie als Führer der kommunistischen Partei machten diese zu einem fast unbesiegbaren Gegner. Also beschlossen sie, sie zu „enthaupen“. Wäre dies nicht geschehen, hätte die junge kommunistische Partei mit Sicherheit viele Fehler vermeiden können.

Wiebke Möbius, Göttingen
Jungsozialistin

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221/134504

Bankverbindung: PGiroA Essen, Konto-Nr. 250059-430

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegstr. 26-28, 4300 Essen 11

Gesundheitsreform

Das System macht krank!

In diesem Monat soll das „Strukturreformgesetz zum Gesundheitswesen“ der Regierung verabschiedet werden. Zurecht beklagt Hans-Jochen Vogel die Nichtbeachtung des Parlaments. Das Gesetz wird in solch einem Tempo durch den Bundestag gepeitscht, daß kaum ein Abgeordneter die Zeit findet, sich mit mehreren Hundert Änderungsanträgen vertraut zu machen. Die Regierung hat es eilig, soll das Gesetz doch bereits zum 1.1.1989 in Kraft treten. So schnell wie möglich müsse begonnen werden, die „Kostenexplosion“ im Gesundheitswesen einzudämmen.

Mal abgesehen davon, daß die Kosten des Gesundheitswesens als Anteil des Bruttosozialprodukts mit 9,5% seit Jahren gleich bleiben, stellt sich die Frage: Wodurch werden jedes Jahr immer mehr Menschen krank?

Am Arbeitsplatz: ständige Hetze und Streß, Akkord-, Schicht- und Nacharbeit, eintönige Arbeit, einseitige körperliche Arbeit (ständiges Sitzen oder Stehen, schweres Heben und Tragen), Bildschirmarbeit, ständiger Umgang mit giftigen Stoffen . . .

Beim Essen und Trinken: unter Verwendung von Giftstoffen hergestellte Nahrungsmittel, Gift im Essen, Fast Food statt Vollwertkost, Vergiftung des Trinkwassers, Verseuchung der Nahrung durch Radioaktivität . . .

Beim Wohnen: schlechte Wohnverhältnisse (zu klein, zu laut, renovierungsbedürftiger Altbau), mit giftigen Mitteln bearbeitete Möbel . . .

In der Freizeit: Autoverkehr und Unfälle, Industrieabgase . . .

Diese Liste läßt sich beliebig fortsetzen. Allgemein ist noch hinzuzufügen: Eine Gesellschaft, die auf Konkurrenz und Leistungsdruck beruht, produziert zwangsläufig psychisch Kranke, Suchtkranke und Selbstmordgefährdete. Nicht zufällig sind diese Krankheiten verstärkt bei Arbeitslosen anzutreffen.

An diesen krankmachenden Arbeits- und Lebensbedingungen will die Regierung nichts ändern. Sie will sie sogar noch verstärken: Ausweitung von Schicht- und Nacharbeit (auch

Einige Beispiele, was Blüm uns dieses Mal zumutet:

- Das Sterbegeld fällt weg. Nur für Versicherte, die 1989 älter als 50 waren, gibt es ein gekürztes Sterbegeld.
- Die Liste der sogenannten Bagatellarzneimittel wird erweitert.
- Die Rezeptgebühr wird auf 3 DM für jedes Medikament erhöht, für das kein Festbetrag festgesetzt wird. Ab 1991 müssen sich die Patienten prozentual beteiligen.
- Die „Selbstbeteiligung“ bei Heil- und Hilfsmitteln (z.B. Brillen und Hörgeräte) wird erhöht.
- Der Patient muß bis zu 50 % beim Zahnersatz selbst zahlen. Die gesamten Kosten muß er vorstrecken.
- Arztfahrten müssen selbst bezahlt werden. Fahrten zum Krankenhaus kosten 20, zur Kur 50 DM.
- Zuschüsse zu offenen Badekuren werden von 25 auf 15 DM gekürzt.

Viele werden in Zukunft nur noch Medikamente, Heil- und Hilfsmittel bekommen, wenn sie sich's leisten können. Im Schnitt wird sich für jeden Versicherten das Kranksein um 2% seines Bruttoeinkommens verteuern. Chronisch Kranke und Behinderte werden davon am härtesten getroffen, weil sie auf dauernde medizinische Hilfe angewiesen sind.

Länder Betroffenen für den Kampf um eine wirkliche Reform des Gesundheitswesens begeistert werden. Viele haben noch nicht vergessen, daß es die sozialliberale Koalition war, die viele Formen der „Selbstbeteiligung“ einführt.

Alle Maßnahmen, die sozialdemokratisch regierte Länder oder Städte durchführen, müssen im Interesse der arbeitenden Menschen sein und auf eine wirkliche Reform hinarbeiten. Das bedeutet, der Politik von Kohl und Kapital nicht nur laute Worte im Parlament, sondern auch wirkungsvolle Taten auf der Straße entgegenzusetzen. Dies ist nur möglich, wenn die Kürzungen aus Bonn nicht nach unten

weitergegeben werden, sondern SPD und Gewerkschaften Kampfformen wie Demonstrationen und Streiks gemeinsam organisieren und anführen.

Vorbeugen statt heilen!

Forderungen der SPD wie direkte Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Pharmaindustrie über Arzneimittelpreise, ein über alle Krankenkassen erfolgreicher Finanzausgleich und die Einführung einer Pflegeversicherung können das Problem nicht lösen, solange die Gesundheitsindustrie der Macht profitgieriger Pharmakonzerne, medizinischer Gerätehersteller und Chefärzte unterworfen sind.

„Eine Strukturreform des Gesundheitswesens muß an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sein. Sie muß auf andere Bereiche der Gesellschaft einwirken und verhindern, daß in der Arbeitswelt, aufgrund von Umweltfaktoren oder wegen schlechter Wohn- und Verkehrsverhältnisse die Gesundheit Schaden nimmt.“ So formuliert es die „Liste Demokratische Ärzte“ in einem Antrag an die Landesärztekammer Baden-Württemberg „Vorbeugen statt heilen“ ist erst dann richtig möglich, wenn nicht mehr der Profit, sondern die Bedürfnisse von Mensch und Natur im Vordergrund stehen. Wer Politik für die Gesundheit machen will, muß für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft kämpfen.

Verstaatlichung der Pharmaindustrie

Bestandteil dieser Politik muß die Verstaatlichung der Pharmaindustrie und der medizinischen Zulieferindustrie unter demokratischer Kontrolle von Gewerkschaften, Beschäftigten und Staat sein. Ziel muß ein kostenloses staatliches Gesundheitswesen sein in dem nicht mehr eine dem Militär ähnliche Hierarchie von oben nach unten, sondern Patienten, Pflegepersonal, Ärzte und weitere Beschäftigte im Gesundheitswesen demokratisch miteinander bestimmen.

Vor 111 Jahren schrieb die damalige marxistische SPD-Zeitung „Vorwärts“: „Der Sozialismus ist der beste ist der einzige Arzt“. Diese Aussage stimmt heute mehr denn je.

Dieter Janssen, Stuttgart
Zivildienstleistender und ÖTV-Mitglied



„Vorbeugen statt heilen“ ist dann richtig möglich, wenn nicht mehr der Profit, sondern die Bedürfnisse von Mensch und Natur im Vordergrund stehen.

Krise in der Bremer Partei

Nicht zurücktreten, sondern kämpfen!

Am 10.11. ist der Bremer SPD-Landesvorsitzende Herbert Brückner von seinem Amt zurückgetreten. Sein Rücktritt hat zu tun mit seiner Tätigkeit als Gesundheitssenator vor einigen Jahren, wo er im Zusammenhang mit der berühmten-berühmten „Schwarzgeldklinik“ einige Fehlentscheidungen fällt.

Doch wichtiger als persönliche Fehlentscheidungen Brückners, die ich auch hier nicht bewerten kann, ist seine politische Kritik am SPD-Senat und am Regierungschef Klaus Wedemeier.

Vollkommen zurecht behauptet der Genosse Brückner, die Regierungspolitik würde die Parteibasis in Opposition zum Senat setzen und die Beschlüsse des „Bremen-Plans“, des Landesprogramms der Partei, würden nicht umgesetzt. Laut Brückner werden die Entscheidungen „sowieso in Brüssel, in Bonn und in den großen Konzernen“ gefällt. Die Pflicht einer SPD-Regierung wäre es, dies offen auszusprechen. Nun, es ist an der Zeit, daß solche Tatsachen endlich auch von Parteiprominenten ausgesprochen werden.

„Sachzwänge“

Nach wie vor beugt sich Wedemeiers Senat den „Sachzwängen“, das heißt oftmals den Wünschen von Daimler-Benz. Obwohl es auch an der Küste wirtschaftlich einen kleinen Aufschwung gegeben hat, sind die Probleme für die Bremer Arbeiterklasse enorm: Das Land hat immer noch die höchste Arbeitslosenquote, vor allem in der Seestadt Bremerhaven ist der Sozialhilfeempfängeranteil extrem hoch. Und noch immer schwebt die Drohung der kommunalen Finanzkatastrophe über dem Zwei-Städte-Senat.

Schwäche der Partei

Die Bremer- und Bremerhavener SPD-Führung hat ihren Kurs, die Finanzkrise auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung auszutragen (vor allem: Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Arbeitslose, Frauen, Ausländer) noch nicht geändert, noch immer läßt sie sich von den Unternehmern erpressen.

Die Genossin Iva Quante-Brandt,

Schluß mit der Sparpolitik, stattdessen Arbeitszeitverkürzungen und massive Neueinstellungen im öffentlichen Dienst, kommunale Beschäftigungsprogramme, Erhöhung der Sozialhilfe und eine offensive SPD-Kampagne gegen Rassismus und Nazi-Gruppen.

Linke muß sich organisieren

Die Kritik Brückners ist richtig. Doch warum tritt er zurück, anstatt offensiv für diese Ideen in der Partei um Mehrheiten zu kämpfen? Ist es eine persönliche Sache oder Ausdruck der Schwäche und des Mangels an Selbstbewußtsein in der Parteilinke?

Bisher waren die Jungsozialisten in Bremen und Bremerhaven mit ihrer Kritik relativ isoliert. Prominente Parteilinke wie Herbert Brückner könnten einiges bewirken: Zusammen mit der Kritik der Gewerkschaften und den Jusos könnte die Unzufriedenheit in der Partei zusammengefaßt werden. Die Parteilinke könnte für Basismitglieder ein Anziehungspol werden und durch entschlossene linke Politik könnte die Partei auch mehr Attraktivität nach außen entwickeln. Oder um es mit den Worten der Juso-Landesvorsitzenden zu sagen: „Die Linke muß sich organisieren, damit die Partei der Senatspolitik mehr entgegenzusetzen hat.“

Claus Ludwig, Bremerhaven
Jungsozialist



Die Probleme der Küstenstadt Bremen sind enorm, so auch in der Krisenbranche Fischwirtschaft. Das Land Bremen hat immer noch die höchste Arbeitslosenquote.

GRUNDLAGEN DES DEUTSCHEN KRANKHEITSWESENS



1. Die Pharmaindustrie hat das unveränderliche Recht mit oft überflüssigen und sogar schädlichen Präparaten Milliarden zu verdienen.
2. Die Geräteindustrie hat gleichermassen das Recht, alle Produkte zu Phantasiepreisen abzusetzen.
3. Jeder Chefarzt und die meisten niedergelassenen Ärzte haben das Recht Millionär zu werden.
4. Der Patient ist als Wirtschaftsgut zu betrachten, dessen (seiner) Erkrankung finanziell ausgebeutet wird.
5. Zum Ausgleich dafür verzichten alle Schwestern und Pfleger auf eine angemessene Bezahlung. Sie verzichten weiterhin auf geregelte Freizeit, soziale Bindung und eine eigene Meinung. Sie führen zu jeder Tages- und Nachtzeit alle Tätigkeiten aus, die irgend jemand von ihnen verlangt, und zu denen sonst niemand Lust hat.
6. Die Patienten haben die Pflicht alles über sich ergehen zu lassen, ihre Beiträge zu zahlen, und ihre Bedürfnisse denen der Krankheitsindustrie unterzuordnen.

Dieser stillschweigende Vertrag wird von uns gekündigt !!!

ÖTV-Flugblatt aus München

für Frauen), längere tägliche Arbeitszeit, Wochenendarbeit, Ausweitung ungesicherter Arbeitsplatzverhältnisse. Die Gesetze erlauben den Pharma- und Chemiekonzernen weiter, die Umwelt zu zerstören, die Gesundheit zu gefährden und mit der Krankheit von Menschen riesige Profite zu machen.

Zwei-Klassen-Medizin

Wieder einmal werden diejenigen zur Kasse gebeten, die heute schon über ihre Mitgliedsbeiträge zu den Krankenkassen und ihre Steuern den Großteil der Kosten im Gesundheitswesen finanzieren: die Masse der Patienten, abhängig Beschäftigten und Versicherten. Bereits in den letzten Jahren wurde die sogenannte Selbstbeteiligung auf sechs Mrd. DM hochgetrieben. Von den 14,5 Mrd. DM, die jetzt eingespart werden sollen, gehen alleine sieben Mrd. DM direkt auf Kosten der Versicherten. Weitere 2,4 Mrd. DM sollen von den Rentnern durch die Erhöhung ihres Beitrages zur Krankenversicherung kommen. Die 1,7 Mrd. DM „Solidarbeitrag“, um die die Pharmaindustrie gebeten wurde, wurden klammheimlich fallengelassen, nachdem sie angedroht hatte, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern.

Den einzigen, denen dieses Gesetz nützt, sind die Unternehmer, die weiterhin ihre Tabletten, Pillen und medizinischen Geräte zu Höchstpreisen verkaufen können. Die Kosten des Gesundheitswesens werden nicht verringert, sondern nur anders verteilt. Das Gesetz stellt nichts anderes dar, als eine weitere massive Umverteilung von unten nach oben.

Grundlegende Reform notwendig

Kein Wunder, daß dieser erneute Angriff der Kohl-Regierung auf die Arbeiterklasse auf breite Ablehnung stößt. SPD, Gewerkschaften, Berufsverbände und sogar die Enquete-Kommission des Bundestags zur „Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherungen“ lehnen das Gesetz ab. Eine grundlegende Reform, wie sie die in der ÖTV organisierten Beschäftigten des Gesundheitswesens fordern, ist längst überfällig. Sätze wie: „Auch sozialdemokratische Regierungen mußten und müssen sparen! Doch auf das ‚wie‘ kommt es an!“ (aus einer Informationsbroschüre der nordrheinwestfälischen SPD) helfen wenig weiter. Schon gar nicht können damit die von der Spar- und Kürzungspolitik sozialdemokratischer

ost-Demonstration

Internationale Postrandale

„Hoch die internationale Postrandale!“ – So lautete der Schlachtruf einer Frauengruppe der Postgewerkschaft auf der Großdemonstration am 16. November 1988 in Bonn, der größten in der Geschichte der DPG. 56.000 Postler aus allen Teilen der Bundesrepublik hatten sich aufgemacht, um am Buß- und Betttag gegen Schwarz-Schillings Privatisierungspläne zu kämpfen.

Damit reihten sie sich ein in die vielen Kämpfe von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – sowohl in der Bundesrepublik, als auch international. Ein Grußwort von den französischen Postlern, die sich am gleichen Tag im Streik befanden, wurde mit

großem Beifall aufgenommen.

In den Reden von Kurt van Haaren, Vorsitzender der Postgewerkschaft, oder auch vom DGB-Vorsitzenden Ernst Breit war von Streik allerdings nicht die Rede. Van Haaren appellierte an den Kanzler: „Herr Kohl, neh-

men Sie bitte zur Kenntnis: Ohne Korrektur ist dieser Gesetzentwurf nicht konsensfähig.“ Dann vertröstete er die Kollegen auf die nächste Bundestagswahl, bei der eine andere politische Mehrheit die Interessen der Postbeschäftigten wahrnehmen würde.

„Alle Mittel erlaubt“

Viele der anwesenden Postler waren mit dieser Rede unzufrieden. Ihre Stimmung wurde schon eher von Klaus Staack getroffen, der als Vertreter der Gewerkschaft Druck und Papier sprach. Er machte deutlich, daß es sich bei der Demonstration nicht um eine Bittprozession handelt. „Wir werden denen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln auf die Finger klopfen! Unruhe und Einmischung ist die erste Bürgerpflicht, wenn's ans Eingemachte geht.“ Er zeigte die Verbindung auf zwischen der Post-, der Steuer- und der Gesundheitsreform. Postminister Schwarz-Schilling könnte höchstens als „Schöpfer von künstlichen Bodenschätzen“ in die Geschichte eingehen (wegen seiner von

Anfang an überholten Kupfer-Verkabelung) und Staack forderte unter brausendem Beifall der Kollegen: „Schicken wir dieses Muster ohne Wert als Schnellpaket an die Firma Sonnenschein zurück.“ Er schloß seine Rede: „Wir können nicht bis zur Abwahl dieser Regierung warten. Wir sind in Notwehr, da sind alle Mittel erlaubt.“

Beamtenstreik

Das war eine klare Anspielung auf den Beamtenstreik. Aber selbst wenn viele Beamte vor einer derartigen „illegalen“ Aktion bislang zurückgeschreckt waren, so hatte doch der Lehrerstreik vom 26. 10. 88 in Hamburger mutigende Auswirkungen. Dort hatten 10.000 Lehrer (2/3 der gesamten Lehrerschaft) für Arbeitszeitverkürzung und Neueinstellungen gestreikt. Auch internationale Beispiele zeigten, daß auch für Beamte gilt: „Gemeinsam sind wir stark“, so der schon erwähnte Streik der französischen Postler, aber auch die erfolgreichen Streikaktionen der Polizisten in Frankreich

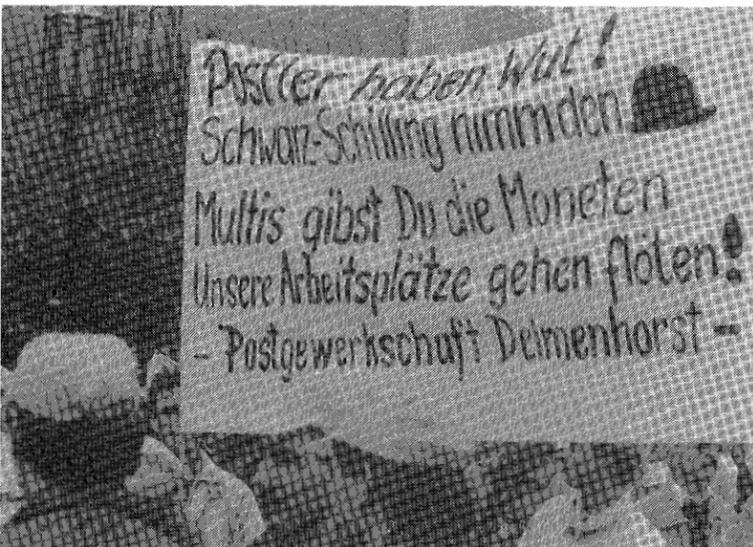
und Belgien.

Ein deutliches Zeichen für die Bereitschaft auch der bundesdeutschen Postler, nun endlich zu wirksamen Aktionen überzugehen, war der rege Absatz der Voran-Buttons mit der Aufschrift: „Wir setzen uns zur Wehr – der Postler-Streik muß her!“ Die Aufschriften auf Plakaten des DPG-Ortsjugendausschusses Wiesbaden lauteten: „Wenn nichts anderes hilft: Streik“, „Wo bleibt der Streik?“, „Die Lehrer haben es uns gezeigt: Streik!“

Auch Ernst Breits sehr maßvolle Rede („Wir und unsere Wirtschaft brauchen auch in Zukunft gute Kommunikationsmöglichkeiten überall hin.“) wurde von Zwischenrufen „Streik! Streik!“ unterbrochen. Ein Kollege aus dem Ruhrgebiet forderte lautstark: „Ernst, hau doch mal in die Vollen!“

Nach der Kundgebung wimmelte die ganze Bonner Innenstadt von den gelben Mützen, die die Gewerkschaft jedem Kollegen gegeben hatte. Das gab schon ein Gefühl von Kraft. Trotzdem war die Stimmung auf dem Rückweg nicht besonders gut: Viele Postler hatten nicht den Eindruck, daß die Kraft ihrer Gewerkschaft voll ausgeschöpft wird.

Bruno Hof, Köln
Jungsozialist



Postler waren unzufrieden nach der Demonstration. Sie wußten: Ohne stärkeren Druck, durch Streikaktionen, wird Schwarz-Schilling den Hut nicht nehmen!

Altenpflege

Wenn es nicht mehr anders geht, geht es anders!

Eine Episode aus dem tagtäglichen Dienst in einem „Pflegeheim“:

Frühschicht von 6 bis 14.30 Uhr. Ich tue mich darauf, denn endlich sind wir mal fünf Leute, um unsere 32 Bewohner zu versorgen. Fröhlich komme ich auf die Station. Komisch, alles still, alles dunkel. Die Nachtwache erklärt: Ein Kollege hat heute überstundenfrei, eine Kollegin mußte für eine Nachtwache einspringen, die dritte ist leider krank und die vierte hat verschlafen und kommt erst in einer Stunde. Das war die letzte besetzte Schicht.

Diese kleine Geschichte ist bezeichnend für die Situation in den Pflegeheimen. Durch Personalmangel müssen Überstunden gemacht werden, 50 Überstunden im Monat sind die Regel. Dadurch fallen immer wieder Kollegen wegen Überlastungsbedingten Krankheiten aus. Das führt wiederum zu Überstunden ...

bleibende Behinderungen wie Wirbelsäulenschäden oder Nervenleiden, Herz-Kreislaufschäden sind üblich. Mit einer Kollegin bei ihrem Vorstellungsgespräch, Frage: „Haben Sie irgendwelche Rückenschäden?“ Antwort: „Natürlich, wer hat die im Pflegeberuf nicht!“ Solche Krankheiten sind nicht als Berufskrankheiten anerkannt, da sie nur vorkommen, wenn man nicht vorschriftsmäßig arbeitet. Das heißt: Immer zu zweit Heimbeobachter heben etc. Nur, wie soll man zu zweit arbeiten, wenn man allein auf der Station ist?

„Gefährliche“ Pflege

Durch diesen Personalmangel ist ein ausreichendes Betreuen alter Menschen nicht möglich. Oftmals geht es durch sogenannte „gefährliche“ Pflege, d.h. die Alten bleiben in ihren Excrementen stundenlang liegen, eine ausreichende Wäsche bleibt aus, einmal im Monat baden, wenn man Glück hat.

Noch schlimmer ist die psychologische Betreuung, die so gut wie gar nicht stattfindet. In einem Lied von dem christlichen Liedermacher rückt sich das sehr gut aus. Dort heißt es: „Nur schnell mal hinüber ins Alter- und Pflegeheim ... Dort sitzen ein paar Alte, doch von Leben keine Spur!“

Diese Einsamkeit der alten Menschen äußert sich in Aggressionen, Stumpfsinnigkeit und Verwirrtheit. Diese Bewohner versuchen, sich irgendwie mitzuteilen, zum Beispiel indem sie wegen jeder Kleinigkeit klingeln. Dadurch wird das überlastete Personal genervt und reagiert ebenso aggressiv. Diese Schilderung ließe sich immer wieder fortsetzen. Was ist zu tun?

Arbeitsbedingungen verbessern!

Durch Personalaufstockung allein ist es nicht getan. Die Arbeitsbedingungen (drei Schichten, keine regelmäßige Schicht, sehr geringe Bezahlung, kaum Erholung) müssen verbessert werden, indem

- die Arbeitszeiten verkürzt werden,
- mehr Erholungsurlaub gegeben wird,
- für bessere Entlohnung gesorgt wird,
- eine bessere Ausbildung stattfindet.

Im Pflegebereich ist zur Zeit eine steigende Wut festzustellen. Immer mehr Kollegen und Kolleginnen organisieren sich und sind zum erstenmal auch bereit, zu streiken. Die Leitun-



Die Stimmung für Streik verstärkt sich im ganzen Pflegebereich. Den Anfang machten die Pfleger aus München.

Jugendarbeitslosigkeit

Den Tatsachen ins Auge sehen!

Die wirtschaftliche Situation in der BRD spitzt sich immer mehr zu. Die Unternehmer fahren immer größere Gewinne ein. 1,7% der Bevölkerung verfügen über 80% des gesellschaftlichen Reichtums. Und was bleibt für uns übrig?

Als Schüler bekommen wir gesagt: „Die Zukunft liegt in unserer Hand“, „Du lernst für den ‚Ernst des Lebens‘“. Doch wie sieht der „Ernst des Lebens“ aus?

1986 begann die Realität für eine Million Jugendliche unter 25 Jahren mit Arbeitslosigkeit. Die Wenigsten können eine Ausbildung in ihrem Traumberuf machen. Der durchschnittliche Lehrstellensucher schreibt ca. 30 Bewerbungen. Jedes Angebot wird, ob den Vorstellungen entsprechend oder auch nicht, an sich gerissen. Und wenn man nun den Ausbildungsplatz hat, wie sieht dann die Situation für einen Jugendlichen im Betrieb aus?

Arbeitsplatzabbau

Die Großbetriebe Kassels, Thyssen Henschel und Daimler Benz bilden zur Zeit 426 Auszubildende aus. Von Daimler Benz sind 3964 und von Thyssen Henschel 3147 Arbeitsplätze

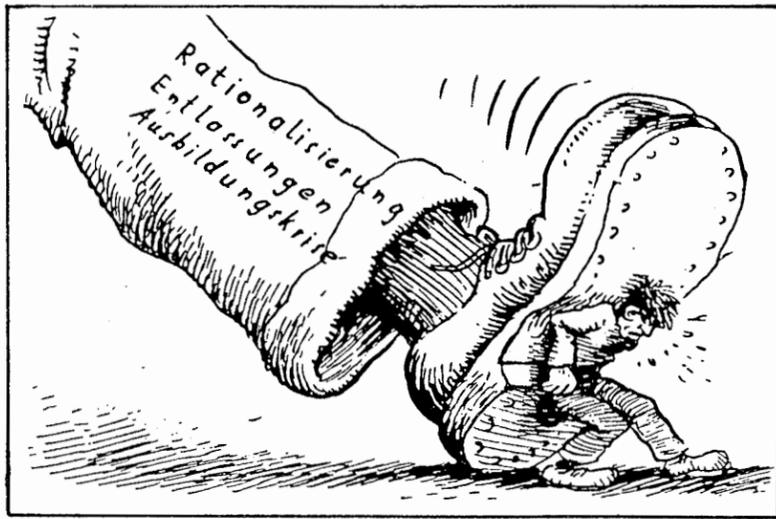
gen versuchen dies mit dem Hinweis auf die alten Leute zu verhindern. Sprüche wie: „Das geht doch auf Kosten der Bewohner“ hört man immer wieder. Aber wenn es so weitergeht wie bisher, dann geht es auch auf Kosten der Bewohner – und der Kollegen. Viele haben das bereits erkannt, wie ein Warnstreik im Frühjahr gezeigt hat. Denn erst wenn es nicht mehr anders geht, geht es anders. Im Pflegebereich geht es nicht mehr anders.

Ingo Rehmke, Rellingen
Pfleger und Jungsozialist

abhängig. Doch die Vorhaben dieser Großbetriebe gefährden diese Arbeitsplätze. 239 Arbeitsplätze sollen bei Thyssen bis Ende nächsten Jahres abgebaut werden. Bei Daimler Benz sind 1000 Arbeitsplätze durch Rationalisierungsmaßnahmen und Produktionsverlagerung gefährdet. Doch das ist nur der Anfang. Auch vor den Ausbildungsplätzen wird nicht halt gemacht.

Bei Daimler Benz sollen die Ausbildungskapazitäten um 40% gesenkt werden. Der Arbeitsplatzabbau bei Thyssen durch „natürliche Fluktuation“ bringt es mit sich, daß nur 20-25% der Auslerner unbefristet übernommen werden.

Da hat man nun Glück gehabt, eine Lehrstelle zu bekommen und wird



Jusos gegen Hubschrauberstationierung

„Eine Region wehrt sich“

Am 16.11.1988 fand eine Sternedemonstration von drei Punkten aus zum Hauptportal des Flugplatzes Erbenheim statt. Für jeden Hubschrauber, der stationiert werden soll, wurde ein großer Gasballon mitgetragen, auf denen zusammen das Motto stand: „Eine Region wehrt sich.“ Insgesamt nahmen 3500 Menschen an der Demo teil.

Der SPD-Oberbürgermeister Exner stellte in Aussicht, alle politischen und rechtlichen Mittel einzusetzen, „darauf können sie sich verlassen, solange ich Oberbürgermeister bin“. Exner zitierte auch einen Pfarrer, der meinte, „daß, wenn Luther lebte, er heute hier mit in Erbenheim wäre“. Auch daß „die Hubschrauber bestellt und bezahlt sind“, sei „wohl keine Begründung“.

Heidi Wicorek-Zeul zitierte Scholz, der sinngemäß sagte: Die Hubschrauber sind notwendig, weil die Mittelstreckenwaffen abgezogen wurden. Sie forderte: „Rüstet die Kampfhubschrauber ab, bevor sie stationiert werden.“ Neben SPD-Vertre-

tern und Gewerkschaftern war unsere Juso-AG Wiesbaden-Altstadt mit einigen Genossen vertreten. Auf unserem Plakat stand: Keine Reaktivierung und für die Nulllösung.

Die Stimmung war dem Motto passend. Es nahmen verschiedene Organisationen teil, und zwar SPD, Grüne, Kirchen, Leute mit Funktionen auf Stadt- und Landesebene und Betroffene. Die Demo verlief friedlich und das Polizeiaufgebot hielt sich in Grenzen. „Weil wir eine andere Gesellschaft wollen“, wie Karin Benz-Overhage, IG Metall-Vorstandsmitglied, sagte, müssen wir auch kleine Forderungen unterstützen. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, daß solange der „Kapitalismus regiert“, die Probleme nicht endgültig gelöst werden können. Erst dann, wenn die Gesellschaft „nach einem großen Plan harmonisch“ (Engels) gestaltet ist, gibt es auch keine Rüstung mehr.

Alexander Pretrenko, Wiesbaden
Jungsozialist

Arbeitereinheit statt Schubladendenken Asylanten raus, Aussiedler rein?

„Ich habe gewisse Probleme damit, Deutschstämmige in der vierten oder fünften Generation hier vorrangig aufzunehmen vor einem Farbigen, dessen Leben existentiell bedroht ist.“ Mit diesem Satz faßte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine ein heißes Eisen an. Er brachte eine Diskussion über die „Aussiedlerproblematik“ ins Rollen, die angesichts der enorm steigenden Zahlen der Über- und Aussiedler schon länger fällig wurde: 1987 kamen 19.000 Bürger aus der DDR und 78.500 aus den übrigen osteuropäischen Staaten in die Bundesrepublik. Die Schätzungen für 1988 übertreffen diese Zahlen bei weitem: Eine Übersiedlung von 37.000 DDR'ern und 200.000 anderen Osteuropäern wird prognostiziert. Verglichen mit 57.000 Asylbewerbern 1987 und voraussichtlich 100.000 1988 ist dies eine ganze Masse.

schaftsflüchtlinge entlarvt. Wer ist denn nun was und sollte wie behandelt werden?

Arbeitereinheit statt Klassifizierung

CDU-Politiker Biedenkopf meint, man müsse „zunächst einmal denen ermöglichen, zu uns zu kommen, mit denen wir etwas gemeinsam haben“, und meint damit die deutsche Abstammung. Mit den Aussiedlern habe er „nur das Menschsein gemeinsam“, antwortete ihm Lafontaine zurecht. Denn es kann und darf für SPD- und Gewerkschaftsmitglieder nicht darum gehen, in wessen Adern welches Blut fließt. Egal ob polnischer Aussiedler,

kurdischer oder südafrikanischer Asylbewerber, sie alle haben mit einem deutschen Arbeiter weit mehr gemeinsam als mit einem Unternehmer oder CDU-Politiker.

Dies klarzustellen ist die Aufgabe von SPD und Gewerkschaften. Es darf keine Spaltung der „Asylanten“ untereinander, egal in welche Kategorie sie nun eingestuft werden, geben. Sie alle werden – sobald sie dürfen – lohnabhängig Beschäftigte wie der Großteil der bundesdeutschen Bevölkerung und haben somit grundsätzlich die gleichen Interessen. Sämtliche Einstufungen in Schubladen sind von der Bundesregierung nichts anderes als heuchlerische und doppelzüngige

Spaltungsversuche mit dem Ziel, die „deutschen“ Arbeitern je nach Bedarf einen Sündenbock für ihre eigene missliche Situation vorzuführen.

Grundsätzlich muß allen Menschen, die in der BRD um Asyl bitten, dieses gewährleistet werden. Für SPD und Gewerkschaften darf es keine Trennung an Rassengrenzen geben. Sie müssen sich für die Interessen aller Arbeiter einsetzen, egal woher die Arbeiter stammen oder wo sie sich befinden. Gemeinsam mit den ausländischen Kolleginnen und Kollegen müssen die Gewerkschaften gegen Lohndrücker kämpfen – für die besonders gern die Aussiedler benutzt werden, weil sie angeblich so schön fleißig und genügsam sind. Gerade hier ist Vorsicht geboten, denn in der nächsten Wirtschaftskrise wird diese Billiglohn- und gegebenenfalls Streikbrecherarbeit schmerzhaft ausgebaut werden.

Bessere Lebensbedingungen für alle!

Gemeinsam müssen sich SPD und Gewerkschaften für bessere Wohn- und Lebensbedingungen, einen gesetzlichen Mindestlohn von 1500 DM und Arbeit für alle einsetzen. Speziell für alle „Asylanten“ müssen darüber hinaus kostenlose Sprachkurse angeboten werden. Nur so können letztendlich Ausländerfeindlichkeit bekämpft und bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle in der Bundesrepublik lebenden Menschen durchgesetzt werden.

Birte Stoewahse, Bremerhaven
Jungsozialistin



Aussiedler im Durchgangslager Friedland: Die meisten von ihnen hätten auch nicht gedacht, daß sie hier – wie zuhause – Schlangestehen müssen. Was die Wohn- und Arbeitssituation angeht, so sind ihre Aussichten nicht besonders gut.

Daß immer mehr der sogenannten Aussiedler in die BRD kommen, hat verschiedene Gründe. Zum einen haben sich im Rahmen von Glasnost und Perestrojka die Ausreisebestimmungen in den sogenannten sozialistischen Ländern gelockert. Aber wohl noch wichtiger ist, daß sich die wirtschaftlichen Bedingungen in Polen, Jugoslawien, Ungarn etc. für die allgemeine Bevölkerung enorm verschlechtert haben.

Der Hunger steht bei vielen Familien auf der Tagesordnung. Diese Leute haben nichts zu verlieren. Was liegt da näher, als in den „reichen Westen“ überzusiedeln!

Hier wird klar, daß die wenigsten Aussiedler aus Gründen wie deutscher Abstammung, sondern aus handfesten wirtschaftlichen Interessen in die Bundesrepublik kommen. Nicht, um das dicke Geld zu kassieren, sondern um nicht völlig an der Überlebensgrenze herumkriechen zu müssen.

Situation in der BRD

Doch was passiert nun, wenn sie in dem „gelobten Land“ ankommen? Auch den Aussiedlern zeigt die Bundesrepublik nicht gerade ihr goldenes Gesicht. Die Menschen werden in Notlagern wie Turnhallen, Schulräumen und – mit viel Glück – Hotels untergebracht, bis sie nach geraumer Zeit eine Ein-Zimmer-Baracke für fünf Personen erhalten. Oft ist dies mehr, als sie in ihrer Heimat hatten, aber keineswegs so viel, um eine nach unseren Maßstäben menschenwürdige Existenz gründen zu können. Deutlich wird jedenfalls, daß die Kohl-Regierung mit dem Zustrom von Aussiedlern nicht fertig wird.

Auch ein großer Teil der Bevölkerung ist über diesen Zustand nicht gerade glücklich. Die Aussiedler werden keineswegs mit offenen Armen in Empfang genommen. In Werl und Duisburg z.B. beklagen sich Sportvereine über mangelnde Trainingsmöglichkeiten im Winter, weil ihre Turnhallen blockiert waren. Die einzelnen Länder haben inzwischen Wohnungsbauprogramme verabschiedet, um wenigstens einen Teil der Aussiedler zu billigen „Einfachwohnungen“ zu verhelfen.

Das verärgert natürlich zurecht die Menschen, die schon seit Jahren auf eine billige Sozialwohnung warten. Von vielen werden die Aussiedler auch als Konkurrenz bei der Suche nach Arbeitsplätzen gesehen. Außerdem entstehen allein schon durch die Sprachbarrieren Eingliederungsprobleme. Diese könnten zwar durch kostenlosen Deutschunterricht leicht be-

hoben werden, aber der ist in den meisten Orten Mangelware. Schließlich werden Aussiedler ähnlich wie Asylanten in ghettoartige Stätten gepfercht und bleiben so isoliert.

Situation nach 2. Weltkrieg

Das war einmal anders. Als nach dem 2. Weltkrieg viele Leute in die BRD kamen, wurde es ihnen leicht gemacht, sich hier einzuleben. Damals jedoch begann gerade ein enormer Wirtschaftsaufschwung, Arbeitskräfte wurden gesucht. So waren die damaligen Aussiedler keine geduldeten Gäste, sondern ein wichtiger Bestandteil der Steigerung des Bruttosozialproduktes. Heute jedoch geraten diese Menschen in eine Krisengesellschaft mit hoher Arbeitslosigkeit. Als billige Arbeitskräfte werden sie zwar von Kohl und Kapital gern gesehen, bei Arbeitern sind sie jedoch aus denselben Gründen weniger beliebt.

Die Bundesregierung selbst trägt allerdings auch nicht gerade dazu bei, die Eingliederung dieser Leute zu erleichtern. Kohl behauptete zwar während seiner Moskareise in einem 14-minütigen Gespräch mit Aussiedlern: „Wir wollen, daß auch Sie auf die Sonnenseite gelangen“, aber diese Aussage wirkt in dem Zusammenhang schon zynisch. Einerseits werden die „deutschen Brüder und Schwestern“ großzügig ins Land gebeten, andererseits jedoch in miesen Quartieren untergebracht. Nicht selten werden ihnen völlig unterbezahlte Jobs übergeben, mit ihnen Lohnrückerei betrieben.

Neuerdings versucht die Regierung auch schon, die Aussiedler untereinander zu spalten. So verkündete Bayerns Innenminister Stoiber auf der Innenministerkonferenz, daß Flüchtlinge beispielsweise aus Polen und Ungarn nicht mehr generell als politisch verfolgt und daher „nur“ als Wirtschaftsflüchtlinge gelten dürfen.

Besonders deutlich wird die Doppelzüngigkeit der Bundesregierung angesichts der geplanten Änderung des Asylrechts. Es soll noch tiefer gespalten werden zwischen Aussiedlern, politischen und Wirtschaftsflüchtlingen. Letztere sollen gleich an der Grenze zurückgeschickt werden, politische Flüchtlinge erhalten irgendwann Asyl und werden geduldet, Aussiedler sind erwünscht.

Hier herrscht doch verkehrte Welt! Wirtschaftsflüchtlinge sind eigentlich politische, weil ihre Heimatländer durch die Politik u.a. der Bundesregierung in den wirtschaftlichen Ruin getrieben werden, und Aussiedler werden von Stoiber und Co. als Wirt-



Buchbesprechung



„Abstich in Rheinhausen“ „160 Tage und Nächte in Rheinhausen“

Theo Syberg, parteiloser Soziologe aus Duisburg, hat sein Buch „Abstich in Rheinhausen“ noch während des Arbeitskampfes geschrieben. Die Darstellung der Ereignisse und Höhepunkte des Kampfes endet daher im März 1988. Im Mittelpunkt seiner Betrachtungen stehen vor allem inhaltliche und strategische Fragen der Führung des Kampfes. Er beleuchtet kritisch die Rolle der IG Metall- und SPD-Führung, setzt sich aber auch mit der Frage auseinander, an welchen Stellen der Betriebsrat anders hätte handeln müssen. Hier kritisiert er vor allem dessen mangelnde Bereitschaft, während des Kampfes öffentlich Kritik an der Politik der eigenen Gewerkschaftsführung zu üben – seiner Meinung nach aus Furcht vor dem Verlust von Privilegien (Freistellung etc.) aus der Betriebsratsstätigkeit. Diese Behauptung wurde inzwischen von Krupp-Betriebsratsmitgliedern als Korruptionsvorwurf zurückgewiesen. Wenngleich Syberg mit seiner Motivunterstellung übers Ziel hinauschießt, so ist doch im Kern die Feststellung berechtigt, daß die Konfliktbereitschaft des Betriebsrats gegenüber der IGM-Spitze nicht gerade sehr ausgeprägt war.

Besonders gut argumentiert der Autor für die Forderung nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie als inhaltliche Plattform für eine Ausdehnung des Kampfes auf alle Standorte. Er weist schlüssig nach, warum die später in den Vordergrund geschobenen Forderungen nach „Ersatzarbeitsplätzen“ und „Beschäftigungsgesellschaft“ nicht viel mehr als Worthülsen und Ablenkungsmanöver waren. Einziger Schwachpunkt seiner Analyse: fehlendes Einfühlungsvermögen in die Einstellung der Arbeiter zur SPD. Verständnislos steht Syberg vor dem Phänomen, daß provokative Äußerungen von Unternehmern und bürgerlichen Politikern sofort heftige Reaktionen in der Belegschaft und spon-

tane Aktionen hervorriefen, während diese gegenüber SPD-Politikern weitgehend ausblieben. Er begreift nicht, daß die Arbeiter der Partei, von der sie zu Recht die Vertretung ihrer Interessen erwarten, große Loyalität entgegenbringen und ihr nicht ohne weiteres den Rücken zukehren.

Insgesamt ist das Buch ein engagierter und wichtiger Beitrag zur Diskussion um den Kampf in Rheinhausen.

Aus einem ganz anderen Blickwinkel beschreibt Bernd Hendrick in seinem Buch „160 Tage und Nächte in Rheinhausen“ den Arbeitskampf, mit dem er versucht, die Atmosphäre jener Tage einzufangen. Nicht die großen Reden bei Veranstaltungen stehen bei ihm im Mittelpunkt, sondern vor allem die Stimmung unter den Kruppianern und der Rheinhausener Bevölkerung. Zahlreiche Anekdoten, Erlebnisse und Momentaufnahmen verdichten sich zu einem eindrucksvollen Gesamtbild.

Der Autor ist Redakteur der DKP-

Tageszeitung UZ; dementsprechend häufig laufen in seinen Beschreibungen die DKP'ler durch die Szenen; auch einige Seitenhiebe auf den „Liebling Feind“ MLPD kann er sich nicht verkneifen. Sein Stil ist z.T. etwas bemüht, atmosphärisch und gleitet an manchen Stellen in kitschige Klischees ab.

Abgesehen von diesen kleineren Schönheitsfehlern liefert der Autor alles in allem jedoch eine anschauliche und sehr lebendige Reportage „von unten“.

Beide Bücher sind lesenswert und ergänzen sich zu einem Gesamteindruck über die Strategien der Handlungsträger „oben“ und die Stimmung „unten“.

Buchtitel:

„Abstich in Rheinhausen“, Theo Syberg, Verlag D.I.S.S., Duisburg, 180 Seiten, 15,- DM

„160 Tage und Nächte in Rheinhausen“, Bernd Hendrick, Verlag Pahl-Rugenstein, ca. 150 Seiten, 14,80 DM



Die Erfahrungen der Rheinhausener in ihrem Arbeitskampf sind es wert, daß man sich ihnen beschäftigt. Dazu bieten die beiden Bücher eine gute Möglichkeit.

Deutschland vor 40 Jahren: Generalstreik Gegen einen kapitalistischen

Der 12. November 1948 war ein dunkler, trüber Freitag. Das ist nicht weiter außergewöhnlich. Aber daß an einem normalen Werktag von Flensburg bis Augsburg, von Göttingen bis Köln die Arbeit ruht - das ist in der ganzen Nachkriegszeit nicht mehr vorgekommen.

Der DGB hatte in der amerikanischen und der britischen Besatzungszone - der sogenannten Bi-Zone - zum 24-stündigen Generalstreik aufgerufen. Diesem Aufruf waren von den 11,7 Millionen Beschäftigten in der Doppelzone über 9 Millionen gefolgt. An diesem Tag streikten mehr als dreimal so viel Arbeiter wie in allen Streiks in den 20 darauffolgenden Jahren zusammengekommen.

Heute wird von der Zeit nach dem 2. Weltkrieg meist der Eindruck erweckt, als sei es geradewegs - mit Hilfe der Alliierten Amerikaner, Briten und Franzosen - im Westen Deutschlands von der Hitlerdiktatur zur „Demokratie“ gegangen. Diese Darstellung entspricht nicht der Wahrheit. Die Jahre

ten sich aus Widerstandsgruppen und Aktivisten der Arbeiterbewegung „Antifa-Komitees“ oder „Volkskomitees“. Ihre erste Aufgabe war es, den Widerstand versprengter Nazieinheiten nach Möglichkeit zu unterbinden und die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sicherzustellen.



Nach zwölf Jahren Hitler-Diktatur war den meisten Arbeitern klar: Schuld hatte das kapitalistische System. Die SPD schien den Sozialismus zu garantieren.

1945 bis 1952 waren gekennzeichnet von heftigen Klassenkämpfen, und die bürgerlich-parlamentarische Demokratie war keinesfalls das erklärte Ziel der Mehrheit der deutschen Bevölkerung.

Im Gegenteil - es war klar, daß das kapitalistische System direkt für die 12 Jahre Hitlerdiktatur verantwortlich war und daß es auf diesem Weg, wollte man derartige Auswüchse für die Zukunft vermeiden, nicht weiterging.

Die im Interesse der Bourgeoisie liegende Hauptfunktion des Faschismus war die völlige Zerschlagung einer der stärksten und kämpferischsten Arbeiterbewegungen der Welt, der deutschen, gewesen. Ihre Parteien und Gewerkschaften wurden zerstört, die meisten der führenden Aktivisten hingerichtet oder mußten emigrieren. Von allen politisch Verfolgten brachten die Arbeiterorganisationen die größten Opfer.

Hinrichtungen

Der Faschismus konnte zwar die Organisationen der Arbeiterbewegung zerschlagen - er konnte aber nicht alle die ca. 1,3 Millionen Parteimitglieder der SPD und KPD oder die ca. 5 Millionen Gewerkschaftsmitglieder physisch ausrotten. Trotz der noch in den letzten Kriegsjahren vorgenommenen 25.000 Hinrichtungen an politischen Gefangenen gab es weiterhin aktive Widerstandsgruppen.

Sicher waren diese Gruppen und die Arbeiterklasse insgesamt durch 12 Jahre Naziterror und sechs Jahre Krieg zu geschwächt, um den Faschismus von innen zu besiegen. Aber es waren gerade diese Widerstandsgruppen sowie ehemalige Mitglieder der beiden großen Arbeiterparteien, die noch während des Zusammenbruchs des Faschismus aktiv wurden.

So gelang es zum Beispiel im Ruhrgebiet einigen illegalen Betriebszirkeln, die Sprengung von Schachanlagen durch SS-Wehrmachtverbände zu verhindern. In vielen Fällen übernahmen die spontan gebildeten Betriebsräte oder Betriebsausschüsse die Leitung der Fabriken.

Der gleiche Prozeß vollzog sich in den Kommunen. Auch hier entwickel-

Gleichzeitig erkannte man, daß der Faschismus eine Folge des kapitalistischen Systems war, nur eine grausamere Spielart bürgerlicher Herrschaft. Das neu aufzubauende Deutschland konnte also nur ein sozialistisches sein. Diese Stimmung spiegelt sich nicht nur auf dem Papier wieder, sondern auch bei praktischen Aktionen.

Bereits am 19.4.1945, also fast einen Monat vor der offiziellen Kapitulation Nazideutschlands, fand das erste illegale Treffen der Betriebsräte aus sechs verschiedenen Ruhrstädten statt. Man beschloß die sofortige Wiederaufnahme der Produktion unter der Leitung der Betriebsräte, in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Antifa-Komitees.

Als Tagesaufgabe wurde allgemein die strikte Entnazifizierung, die Sozialisierung der Schwerindustrie und des Eigentums der Kriegsverbrecher gesehen. Ein amerikanischer Historiker schrieb 1949 über die Betriebsräte und die Antifa-Komitees folgendes: „Fast ausnahmslos wurden die alliierten Truppen bei der Besetzung größerer deutscher Städte von Delegationen linker Antifaschisten empfangen, die fertige Programme, Kandidaten für die örtliche Verwaltung und Unterstützung bei der Durchführung der Entnazifizierung bereithielten.“

Neue Ordnung

Die vorherrschende Stimmung der Arbeiterklasse drückte sich auch in den damaligen Reden der beiden führenden Nachkriegsgewerkschafter aus, Hans Böckler und Fritz Tarnow: „Der Kapitalismus liegt in seinen letzten Zügen.“ „Die Gegenwart geht schwanger mit einer neuen Ordnung...Es kann kein Zweifel sein, daß die Uhr der freien, privat-kapitalistischen Produktionsordnung abgelaufen ist.“

Es gibt allerdings einen grundlegenden Unterschied zwischen einem Totkranken und einer Leiche. Der Kapitalismus bricht nicht einfach zusammen, vielmehr bedarf es dazu der bewußten Aktion der Arbeiterbewegung - also auch der Gewerkschaften.

Sehr früh erkannten die Besatzungsmächte, in welcher bedrohten Lage sich der Kapitalismus in Deutschland befand. Zwar kamen den USA und Großbritannien der Niedergang eines der mächtigsten Konkurrenten sehr gelegen. Eine erfolgreiche sozialistische Revolution in Deutschland mit unabsehbaren internationalen Folgen barg allerdings ein wesentlich höheres Gefahrenpotential in sich als ein Wiedererstarken des deutschen Kapitals.

Die westlichen Besatzungsmächte taten also alles, um den Wiederaufbau



In den ersten Nachkriegsjahren fehlte es am Notwendigsten: Wohnungen, Heizmaterial und vor allem Nahrungsmittel.

Ursachen für den Sieg des Faschismus 1933 wurde allgemein die Spaltung der Arbeiterbewegung zwischen SPD und KPD angesehen, die, verstärkt durch die jeweilige Parteiführung - eine Einheitsfront gegen den Faschismus unmöglich machte.

der Arbeiterorganisationen zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen. So wurde zum Beispiel die KPD in Teilen des Ruhrgebiets erst Mitte September 1945 wieder zugelassen. Die spontan in Hamburg gebildete „Sozialistische Freie Gewerkschaft“ mit 50.000

Mitgliedern wurde fünf Wochen nach ihrer Gründung verboten. Von den 194 Anträgen auf Gründung örtlicher Gewerkschaften wurden im Frühjahr 1946 von der britischen Besatzungsmacht nur 51 genehmigt. Erst ab Januar 1946 war es den noch gezwungenermaßen lokal beschränkten Gewerkschaften gestattet, Beiträge zu sammeln und öffentlich Mitglieder zu werben.

Entnazifizierung

Ein weiteres Hindernis bei der Wiederherstellung des Kapitalismus in Deutschland war für die Besatzungsmächte die deutsche Bourgeoisie selbst. An eine Restauration des alten Systems war ohne diese ehrenwerten Herren nicht zu denken. Doch waren sie zum überwältigenden Teil Nazis gewesen. Es war also gefährlich, ihnen offen die Herrschaft direkt zu übergeben.

Eine Entnazifizierung, die diesen Namen verdient, war aber deshalb von Anfang an ausgeschlossen. Die Ursache für viele betriebliche Kämpfe 1945 war dann auch gerade die nicht durchgeführte Entnazifizierung. Die Forderung danach war sehr häufig direkt verbunden mit der nach einer Enteignung der Betriebe. Sehr oft saßen ja gerade die

Dennoch wurden in den Jahren 1946 und Anfang 1947 noch einige Verständnisse erreicht - allerdings erheftigen Kämpfen der Arbeiter. In der Ruhrgebiets kam es zu vor allem der Bergarbeiter, nach Herbst 1946 die Lebensmittelversorgung fast völlig zusammengebrochen war und die britische Militärreg-



für ein s demokra

„Fabrikherren“ als Kriegsverbrecher auf der Anklagebank.

Blöße Verhandlungen, wie etwa zwischen der örtlichen Gewerkschaft und dem Essener Oberbürgermeister mit der britischen Militärbehörde über die entschuldigungslose Enteignung des Krupp-Konzerns, mußten scheitern. Den Versuchen, eine Säuberung der Betriebe von Nazis durch isolierte Streikmaßnahmen durchzusetzen, wurde mit Verhaftungen der Betriebsräte und mit Panzern begegnet.

Um die alten kapitalistischen Besitzverhältnisse abzusichern, wurde seit Mai 45, solange sich die Fabrikbesitzer der Schein-Entnazifizierung unterziehen mußten, eine Treuhänderschaft eingeführt. Ehemalige leitende Angestellte führten im Auftrag der Militärregierung die Betriebe. Jede innerbetriebliche Auseinandersetzung wurde damit fast automatisch zu einem Konflikt mit den Militärs.

Entflechtung

Eine weitere Maßnahme zur Stabilisierung des kapitalistischen Systems in Westdeutschland war die sogenannte Entflechtung und Dezentralisierung besonders der Chemie- und der Stahlindustrie. Damit sollte - ohne das kapitalistische System entscheidend zu schwächen - ein Wiederaufstieg der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt behindert werden. Gleichzeitig schürte die Entflechtung, also die angebliche „Beseitigung“ der Kartelle und Monopole die Illusion, gerade in der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsführung, die Westalliierten könnten einer sozialistischen Entwicklung Deutschlands zustimmen.

Dieser Wunschglaube hätte bereits im Dezember 46 durch die Realitäten endgültig zerstört sein müssen. Obwohl sich 72% der hessischen Bevölkerung bei einer Volksbefragung für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ausgesprochen hatten, wurde dieser Paragraph durch die Militärs aus dem Landesverfassungsentwurf gestrichen. Die Lehren aus dem hessischen Experiment wurden gezogen - alle weiteren geplanten Volksabstimmungen über Sozialisierung wurden von den Militärbehörden verboten.

weitere Sonderschichten von den Bergarbeitern verlangte.

Im November 1946 sprachen 89,9% der betroffenen Bergleute Sonderschichten aus und machten eventuelle Zustimmung von der Sicherung der Kohlengruben und der „Volkskontrolle über die Nahrungsmittelversorgung“ abhängig. In Düsseldorf und im Raum Essen kam es zu Streiks und Demonstrationen, im Februar 1947 streikten die Bergarbeiter in allen Industriestädten des Ruhrgebiets. In Wuppertal schlossen sich die Bergarbeiter in einem Solidaritätsstreik an. Im März reichten 95 Delegationen eine Forderung von über 100.000 Bergarbeitern und Angestellten, in nordrhein-westfälischen Landtag einen Antrag ein, die Forderung nach „entschuldigungsloser Enteignung der kriegsverbrecherischen Kohlebarone an Rhein und Ruhr.“ Dieser Antrag wurde abgelehnt - mit den Stimmen der SPD-Fraktion.

„Aufbruch“

Die Antwort: eine enorme Streikwelle der Arbeiter im Ruhrgebiet. Der Höhepunkt dieser Streikwelle war ein zehntägiger Streik von 334.000 Arbeitern und Angestellten. Am ersten April gab Braunschweig sogar einen Generalstreik.

Unter diesen Umständen sah sich die britische Militärregierung gezwungen, die paritätische Mitbestimmung im Montanbereich zuzulassen - nach dem Bericht des britischen Kontrollkommissioners Harris Burland vom 11.7.47 geht es begründet hier die Notwendigkeit, „den Arbeitern und Gewerkschaften Anteil an der Verantwortung für das Management zu geben“ damit diese Maßnahmen „auf lange Sicht zu vermeiden, Arbeiterunruhe in der Industrie zu verhindern“.

Das war das Zuckerbrot. Aber die Peitsche fehlte nicht. So gab es den Bericht des amerikanischen Kommandanten, über Rundfunk bekannt: „...oder andere Umtriebe gegen die britische Militärregierung, die in irgendeiner Weise die Forderungen oder Pläne der Besatzungsmacht gefährden könnten, werden in Hessen nicht geduldet; dabei spielt es keine Rolle,“

nen Umweg -

ein politischer oder ein anderer... Jede Person oder Gruppe... so handelt, wird be... werden, und vergessen Sie nicht... den Gesetzen der Besatzungs... und der Militärregierung die... gen sogar mit der Todesstrafe... werden können."

Marshallplan

der Erfolge der Arbeiter schritt... der Herstellung und Festigung... der Kapitalisten weiter fort... im Juni 1947 das „Europäi... lfsprogramm“, besser bekannt... rshallplan, verkündet. Hierbei... es sich um ein wirtschaftliches... aufbauprogramm, das mit ame... chen Hilfeleistungen durchge... erden sollte. Diese wurden aller... icht bedingungslos gegeben, wie... Direktive vom Juli '47 an Gene... , Chef der amerikanischen Zone... vorging: „Während es zwar Ihre... ist, dem deutschen Volke die... heit zu geben, die Grundsätze... erteile einer freien Wirtschaft... zulernen, werden Sie in der Fr... öffentlichen Besitzes von Unter... rgen in Deutschland nur ein... n, wenn es sich darum handelt... stellen, daß jegliche Entschei-

Preisgabe bzw. dem Aufschub einer So... zialisierung der Industrie abhängig ma... chen würde. Dennoch entschloß sie... sich, dem Marshall-Plan zuzustimmen.

Wirtschaftsrat

Zur selben Zeit, auch im Juni 47, wurde bizonal der Wirtschaftsrat ge... gründet. Er bestand aus 52 Abgeordne... ten und hatte das Recht, Anordnungen... für die verschiedenen Wirtschaftsgebiete... zu beschließen: allgemeine Wirtschafts... politik, Finanzen, Ernährung, Land... wirtschaft, Verkehr, Nachrichtenwe... sen. Allerdings mußten diese Anord... nungen noch durch die Militärregie... rung gebilligt werden.

Die Zusammensetzung dieses Rates... zeigt deutlich eine Stärkung der pro... kapitalistischen Elemente. Die bürgerli... chen Parteien waren mit 29, SPD mit 20... und KPD mit 3 Abgeordneten vertre... ten.

Gleichzeitig wurde ein Exekutivrat... gewählt, der aus je einem Vertreter je... des Landes bestand und von der Lan... desregierung ernannt wurde. Er sollte... die Beschlüsse des Wirtschaftsrates... ausführen und schlug die Direktoren... für die einzelnen (Verwaltungs-) Ausschü... sse vor, die die Funktion von Ministerien... erfüllten. In diesem Gremium hatte die

vorsitzender, seine Verachtung für die... „Cliques eines längst überholten Wir... tschaftssystems“ aus - andererseits... begrüßte er den Marshallplan und die Ein... richtung des Wirtschaftsrates.

Immer noch herrschte die Perspektive... vor, der „Restkapitalismus“ (Schuma... cher) sei nicht überlebensfähig. Über... Reformen, Verhandlungen und auf pa... rlamentarischem Wege sollte ein „ge... rechteres“ System nach dem Muster ei... ner parlamentarischen Demokratie er... reicht werden, wobei weite Bereiche der... Industrie verstaatlicht sein sollten.

Auf die Kraft einer mobilisierten Ar... beiterklasse sollte jedoch nicht zurück... gegriffen werden - um ja die jeweilige... Militärregierung nicht zu verärgern. Vor... allem von der britischen Militärregie... rung wurde eher Unterstützung er... wartet - regierte in Großbritannien... doch die Labour Party (brit. Arbeiter... partei).

Aber sowenig die Führung der La... bour Party in Großbritannien die... Macht der Kapitalisten brach, gauso... wenig verhinderte sie deren erneute... Stärkung in der britisch besetzten Zone. Im... Laufe des Jahres 47 war die britische... Regierung immer weniger in der Lage... , die Kosten der Besatzung zu tragen. Diese... wurden dann von den amerikani-



Besonders die Jahre 1946, 1947 und 1948 waren gekennzeichnet durch ständig aufflackernde Un... ruhen und Demonstrationen gegen Hunger und für Sozialisierung.

Nur widerstrebend beugt sich eine... Mehrheit der auf der Sitzung Anwesen... den ihrer Führung.

Im Juni wurde erneut deutlich, in... welche Richtung das Zusammenspiel... von Unternehmerverbänden, Wir... tschaftsverwaltung und Besatzungs... macht geht: Ein Abkömmling der kon... servativen Stahldynastie Reusch wurde... vom Wirtschaftsrat in die Stahlkom... mission berufen. Sofort erhob sich der... Widerstand von Seiten der Arbeiter: In... verschiedenen Orten sprachen sich in... einer Urabstimmung 90% der Metaller

Käuferstreiks gegen die Wucherpreise... organisiert.

Als dann im Oktober Ludwig Ehr... hard, damaliger Direktor der Verwal... tung für Wirtschaft, in einer Rede die... Gewerkschaftsführung angriff, war die... se endlich bereit, Maßnahmen für einen... Generalstreik einzuleiten. Auf einer Ta... gung des DGB-Beirats am 26. Oktober... in Münster wurde zunächst ein 48-Stun... den-Generalstreik in allen drei Westzo... nen gefordert. Damit aber waren die... Gewerkschaftsführer der amerikani... schen Zone nicht einverstanden. Sie... forderten, die Dauer des Streiks auf 24... Stunden zu beschränken. Die Vertreter... der französischen Zone schlossen sich... der Streikforderung überhaupt nicht... an.

Währenddessen kam es schon in... mehreren Städten zu spontanen De... monstrationen gegen die Politik Ehr... hard's. In Stuttgart gingen dabei Schau... fenster einiger Luxusläden zu Bruch;... gegen Automobile, damals Symbole... privaten Reichtums, wurden Steine ge... schleudert.

Generalstreik

Die amerikanische Besatzungsmacht... hatte Angst, vollends die Kontrolle zu... verlieren und verhängte ein Ausgehver... bot über die ganze Stadt. Die bürgerli... che Presse fing ein großes Lamento an... über die „Diktatur von links“. Die Ge... werkschaftsführung nahm diese „Vor... fälle“ zum Anlaß, für den am 12.11. ge... planten Generalstreik der Bizone alle... „Kundgebungen, Versammlungen oder... sonstigen Zusammenkünfte“ zu unter... sagen.

Auch wurde der Generalstreik nicht... so genannt, sondern es war die Rede... von „Arbeitsruhe“ oder „Demonstra... tionen des gewerkschaftlichen Willens“... - allerdings ohne Demonstrationen.

Trotz alledem war die Resonanz auf... den Aufruf überwältigend. In der Nacht... vom 11. auf den 12. November schlugen... Arbeiter-Klebe-Kolonnen überall Flug... blätter an mit unter anderem folgenden... Forderungen:

- Planung und Lenkung im gewerb... lich-industriellen Sektor, insbesondere... für Rohstoffe, Energie und Kredite so... wie für den Außenhandel und den... Großverkehr

- Überführung der Grundstoffindu... strie und Kreditinstitute in Gemein... wirtschaft

- Demokratisierung der Wirtschaft... und gleichberechtigte Mitwirkung von... Gewerkschaften in allen Organen der... wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

Am Freitag, dem 12. November, st... anden alle Räder still. Hätte es eine... machtvollere Demonstration des Wil... lens der Bevölkerung für ein System der... demokratischen Planwirtschaft geben... können?

Aber die Gewerkschaftsführung und... die SPD-Führung griffen die enorme... Kampfbereitschaft der Arbeiter, Frau... en und Jugendlichen nicht auf und ver... spielten die Chance, den Kapitalismus... in den Westzonen zu besiegen und so... die Grundlage zu legen für ein vereinig... tes, sozialistisches Deutschland.

Barbara Kirschbaum und... Frank Kirsch, SPD-Mitglieder, Köln

Lesehinweise:
Beier, Gerhard: Der Demonstrations- und Gene... ralistreik vom 12. November 1948, Ffm 1975
U. Schmidt/T. Fichter: Der erzwungene Kapitalis... mus, Berlin 1972
Schmidt, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung... 1945-1952, Ffm 1970
Pirker, Theo: Die SPD nach Hitler, Bad Godes... berg 1965

zialistisches und... sches Deutschland

ir oder gegen das öffentliche Be... hältnis frei und durch normales... ten innerhalb einer demokrati... sierungsförmig getroffen wird... einer endgültigen Entscheidung... e Form und die Rechte der deut... entralregierung dürfen Sie keine... hmen in Bezug auf ein öffentli... sitzrecht billigen...“.
Gewerkschaftsführung befürch... ar, daß die amerikanische Mili... erung die Kreditvergabe von der

SPD die eindeutige Mehrheit. Aller... dings überließ die SPD nach heftigen... Auseinandersetzungen mit der CDU... zwischen Exekutivrat und Wirtschafts... rat, alle Direktorenposten der CDU.

Warum handelte die SPD-Führung... so und gab damit dem bürgerlichen... Lager freie Hand? Vielleicht findet sich... eine Erklärung dafür beim 2. Parteitag... der SPD nach Hitler, am 29. Juni 1947... in Nürnberg. In seinem Einleitungsreferat... drückte Schumacher, damaliger Partei-

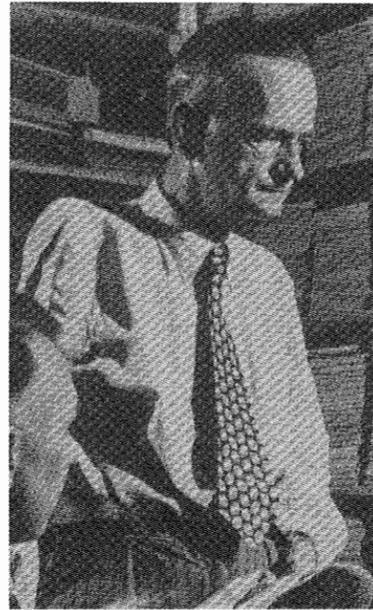
schen Besitzern übernommen, was na... türlich einen wachsenden Einfluß der... USA in der britischen Zone zur Folge... hatte.

Streikwelle

Auch Anfang 1948 hatte sich an der... schlechten Versorgungslage der Be... völkerung noch nichts geändert. Anfang... Januar beschließen die Gewerkschaften... in Bayern, für den 23. Januar einen 24... stündigen Generalstreik auszurufen. Sie... fordern die „restlose Erfassung der... gesamten Erzeugung von Nahrungs... mitteln unter Zugrundelegung eines... den Bedürfnissen des Gesamtvolkes ge... recht werdenden Erfassungssystems“... und strengere Bestrafung von Schie... bern. Der Aufruf ist erfolgreich.

Auch in anderen Landesteilen gärt... es, vor allem in Nordrhein-Westfalen. So... schreibt die Gewerkschaftszeitung... Der Bund am 14.2.48: „Die Erregung... der arbeitenden Bevölkerung über das... völlige Versagen der Ernährungswir... tschaft hat das Nordrhein- und Ruhrge... biet zu einem brodelnden Kessel ge... macht. Die berechtigte Empörung der... Massen machte sich in gewaltigen... Streiks und Demonstrationen in allen... größeren Industriegebieten Luft. Teils... flammten diese Aktionen spontan auf... , zum Teil aber vollzogen sie sich auf... grund von Funktionsratsbeschlüssen... und unter der festen Führung der örtli... chen Gewerkschaften. Alle Streiks wa... ren im voraus befristet und in der Regel... auf die Dauer von 24 Stunden festgelegt.“

Der Druck auf die Gewerkschafts... führung, einen allgemeinen Genera... streik auszurufen, war so stark, daß... Hans Böckler, Werner Hansen und... Christian Felten auf einer Sitzung am... 30. Januar alle Mühe hatten, ihn zu... verhindern. Böckler sagte, nur „angesichts... einer durchaus zum Bösen hinführenden... Entwicklung“ wolle er die „auf Mit... bestimmung in der Wirtschaft eingest...ellten Organisationen auf Wirt... schaftskampf“ umstellen. Und das, ob... wohl General Clay ihm schon 1947 ge... sagt hatte, er sei Repräsentant einer... Regierung des privaten Unternehme... rums, man könne von ihm nicht verlan... gen, die Sozialisierung zu fördern. Die... Entwicklung zum Bösen war also schon... längst eingetreten.



Kurt Schumacher, 1. Vorsitzender der SPD... nach dem Krieg: „Der Sozialismus ist für... Deutschland die einzige und zwingende... Konsequenz.“

für Streik aus, falls Reuschs Ernennung... nicht zurückgenommen wird. Dieser... wurde dann auch prompt zurückgezo... gen.

Währungsreform

Die Währungsreform im August 48... trieb erneut die Arbeiter massenhaft... auf die Straße. Denn: Das Geld wurde... zwar abgewertet, aber der Besitz von... Grund und Boden, Produktionsmitteln... oder gehorteten Waren wurde nicht... miteinbezogen. Die Folge: Die Preise... schossen in die Höhe, denn sowohl das... Bewirtschaftungssetz als auch der bis... dahin gültige Preisstopp wurden gelockert. Aber... die Löhne stiegen nur um 15%, der... Lohnstopp blieb weiterhin in Kraft... (er galt von 1946 bis Dezember 1948!).

Zwar waren die Schaufenster plötz... lich wieder voll der lange entbehrt... en Waren, aber die Lage der Arbeiter... hatte sich nicht verbessert. Sie antworteten... mit großen Demonstrationen: In... Frankfurt waren 50.000, in München... 100.000, in Düsseldorf Zehntausende... auf der Straße. Überall in NRW wurden

ARBEITER... der Stirn und der Faust!

Wir stehen am Anfang einer Zeitenwende!
Das bürgerlich - kapitalistische Zeitalter ist vorbei!
Dem Sozialismus gehört die Zukunft!
Doch wahrer Sozialismus heißt nicht Kollektivismus,
verantwortungsbewußter Sozialismus
nicht Vermassung!

ARBEITER!

Bist Du für eine sinnvoll gelenkte Planwirtschaft?
Bist Du für einen gerechten-Ausgleich der Kriegslasten?
Bist Du für eine soziale Preis- und Lohnpolitik?

Dann kämpfe mit uns

für einen Sozialismus aus christlicher Verantwortung,
für vollste Freiheit der Persönlichkeit,
für echte demokratische Selbstverwaltung!

ARBEITER!

Darum hinein in die



CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE UNION DEUTSCHLANDS

Landesverband Berlin, W 8, Jägerstraße 59-60

hinein in die

große deutsche sozialistische Volkspartei!

(Plakat zur Stadtverordnetenwahl Berlin 1946)

u glauben, aber wahr: Selbst der CDU war klar, daß sie mit „Kapitalismus“ keinen Blu... mehr gewinnen konnte!

USA nach der Wahl Alle Wege führen in den Abgrund

Der Präsident aller Amerikaner wolle er sein, verkündete George Bush nach seinem Sieg. Aber gerade 17% aller Amerikaner stimmten für ihn. Von den Wahlberechtigten gingen nicht einmal die Hälfte zu den Urnen, und so gewann Bush mit 1 Millionen Stimmen die Präsidentschaft, bei einer Bevölkerung von über 238 Mio. Menschen! Dieser Wahlausgang spricht nicht für Bush oder die Republikanische Partei, sondern zeigt vielmehr die Schwäche der Demokraten.

Im Wahlkampf standen keine politischen dringenden Inhalte in den Auseinandersetzungen im Mittelpunkt zwischen Bush und Dukakis, sondern dem Volk wurde nur eine Public-Relation-Show geboten, in der es darum ging, wer die bessere Persönlichkeit darstellte. Die Wähler durften sich entscheiden zwischen dem gesichtslosen Ziehkind Reagans und einer run-

Jackson-Kampagne

Dabei hatte es für die Demokratische Partei so vielversprechend angegangen: Als der Demokrat Jesse Jackson mit seiner Kampagne durch das Land zog, fand er bei der überwältigenden Mehrheit des Volkes begeisterte Zustimmung für seine politischen Forderungen. Und die hatten es in sich! Jackson sah vor, die Reichen stärker zu besteuern und den Armen ein höheres Einkommen zu sichern, d.h. einen angemessenen Lebensunterhalt für immerhin 34 Millionen Amerikaner, die in Armut leben.

Jackson sprach gegen die wahnwitzigen Rüstungsausgaben und forderte mehr finanzielle Mittel für bezahlbare Wohnungen, Bildung und Gesundheit. Er setzte bei den direkten Bedürfnissen der einfachen Bevölkerung an, überall dort, wo es unter den Kürzungen Reagans zu unmenschlichem Elend und Armut kam. Es gibt Millionen von Obdachlosen, 37 Millionen haben keine Krankenversicherung, 3,5% leben sogar unter der Armutsgrenze, und das im reichsten Land der Welt.

auf: Der rechte Lloyd Bentson wurde Vizekandidat.

Bentson hat sich immer an die Seite der Industrie gestellt, z.B. als es darum ging, die Chemiekonzerne wegen ihrer Giftmüllablagerungen nicht zur Kasse zu bitten; außerdem stimmte er für die MX-Interkontinentalrakete (zugunsten der Rüstungsindustrie) und auch für Reagans Contra-Politik.

Jackson erlitt eine weitere Niederlage. In der Programm-Diskussion auf dem Parteitag der Demokraten wurden zwei seiner wichtigsten Forderungen abgeschmettert: Die Partei stimmte gegen die Erhöhung der Einkommenssteuer für Besserverdienende und Unternehmen und gegen den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen. Dahinter stecken die knallharten Profitinteressen der Waffenkonzerne, da bei einem Verzicht auf Ersteinsatz keine Modernisierung von Atomwaffen nötig wäre!

Zwei Parteien des großen Geldes

Die Demokratische Partei hat somit klar gezeigt, wo sie steht und damit auch praktisch keinen wesentlichen Unterschied zu den Republikanern gemacht; beide sind nur Parteien des großen Geldes. Und das hatte Folgen: Nie gab es so viele unentschlossene Wähler, seit langem war die Wahlbeteiligung nicht so gering! Wen sollte die Bevölkerung auch wählen? Da ist es doch wohl egal, welcher von den beiden Kandidaten ihnen die Butter vom Brot nimmt!

Jacksons Fähigkeit, Begeisterung

währten Appelle an den Nationalstolz in die Mikrophone und verwies immer wieder auf den „besonderen Charakter Amerikas“ – derselbe Leim, mit dem immer wieder versucht wurde, die Risse im sozialen Gefüge zu kitteln.

Die Republikaner waren wohl die einzigen, die im Gegenspieler Dukakis einen „Linken“ sehen wollten; das ging so weit, daß auf Plakaten von Bush-Anhängern geschrieben stand: „Wir wollen kein Massachusetts“. Im Namen des Herkunftslandes von Dukakis war das C als Sichel gestaltet und von einem Hammer durchkreuzt, kurz: da Bush selbst kein Image hatte, mußte man dem Gegner halt ein Negativ-Bild verpassen.

Schweres Erbe

Über das folgende Wahlergebnis waren aber auch viele Demokraten erleichtert, denn der Nachfolger Reagans muß nun mit unbeliebter Politik die Suppe auslöffeln, die der Altcowboy und seine Administration in den letzten acht Jahren der amerikanischen Wirtschaft eingebrockt hatte. Und diese Suppe schmeckt bitter: Die Schulden des Haushalts belaufen sich aufgrund irrsinniger Rüstungsprogramme auf 150 Mrd. Dollar! Die gleiche horrende Summe ergibt sich aus der Bilanz für den Außenhandel: Im Vergleich von Wareneinfuhr zum Warenexport liegt die US-Wirtschaft mit 150 Mrd. Dollar in den Miesen! In den letzten drei Jahren ist die USA vom größten Gläubiger zum größten Schuldner der Welt geworden!

Seit der Rezession 1980/82 wurde der „Boom“ der US-Wirtschaft hauptsächlich getragen vom SDI- und Rüstungsprogramm ungeheuerlichen Ausmaßes auf der einen Seite, auf der anderen vom Verfall der Rohstoffpreise weltweit. Zwar führte dieser Aufschwung dazu, daß die Arbeitslosenzahl den niedrigsten Stand seit 14 Jahren erreicht hat. Aber 20 Millionen dieser neuen Arbeitsplätze bestehen aus Teilzeitjobs oder sind nur mit be-

ter wie die alte Reagan-Administration, hat das unweigerlich ein weiteres Fallen des Dollars zur Folge, was beim jetzigen Stand der Verschuldung in Inflation und Rezession führen muß. Wenn sie versuchen sollten, durch Zinserhöhungen die Inflation im Griff zu halten, so würde diese Maßnahme den Abschwung noch schneller einleiten. Die dritte Möglichkeit, nämlich die Staatsausgaben zu kürzen und/oder die Steuern zu erhöhen, würde genau zu der Situation führen, die Reagan mit seiner Verschuldungspolitik zu vermeiden suchte – sie würde den Markt bescheiden und so in die Rezession führen. Und das bedeutet: Arbeitslosigkeit wird wieder schnell ansteigen. Viele Arbeiter werden nicht mehr in der Lage sein,

Wahl. – Da bleiben doch nur die Gewerkschaften übrig! Obwohl Reagan in seiner Amtszeit alles dran setzte, die Gewerkschaften zu schwächen, obwohl die meisten US-Gewerkschaftsführer nur auf ihre Privilegien schauen, so gibt es doch eine ausschlaggebende Tatsache: Die Gewerkschaftsbasis wurde nicht entmutigt, im Gegenteil, sie ist kämpferischer denn je! Jacksons Kampagne hat im Ansatz gezeigt, welche Kraft hinter der Arbeiterschaft und der Jugend steckt!

Gerade jetzt tritt die Notwendigkeit, eine Arbeiterpartei zu bilden, am deutlichsten hervor! Die wirklichen Arbeiterführer, die bisher Streiks und Demonstrationen geführt haben, müssen jetzt alle Kräfte zusammenfassen, die bereit sind, für ihre Rechte zu



Mit Forderungen wie „Mehr Steuern für die Reichen“ und „Mehr Geld für die Armen“ konnte Jesse Jackson viele Menschen – Schwarze, Weiße und Latinos – für sich begeistern.

Schulden oder Hypotheken zurückzahlen. Die Lage vieler Schwarzer und Latinos (zweitgrößte Minderheit in den USA, die aus den lateinamerikanischen Ländern eingewandert sind) hat sich schon während des Aufschwungs nicht verbessert.

Doch wie können die Arbeiter und Jugendlichen sich dagegen zur Wehr setzen? Die Demokraten als „weiche“ Kopie der Republikaner werden „nett sein zu Bush“, sagte der Berater von Dukakis wenige Stunden nach der

kämpfen und eine Arbeiterpartei gründen!

Das ist die einzig konsequente Antwort auf die Unternehmer-Parteien! Eine solche Arbeiterpartei kann sehr schnell zur Partei mit einer entschlossenen Massenbasis werden. Sie wird als einzige Kraft in der amerikanischen Gesellschaft einen sozialistischen Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse aufzeigen können.

Jens Breuß, Hamburg-Altona
Juso und GHK-Mitglied

Internationale Notizen



Peru

Die seit mehr als einem Monat anhaltende Streikwelle hatte am 2.12.88 einen Höhepunkt in einem 24-stündigen Generalstreik. Die Arbeiter forderten höhere Löhne und demonstrierten gegen die Nahrungsmittelknappheit. Die Inflationsrate im Land hat inzwischen die 1000%-Rate überschritten.

Brasilien

Mehrere Arbeiter wurden erschossen, als die brasilianische Regierung die Armee einsetzte, um einen Streik von 10.000 Arbeitern des Stahlwerkes Volta Redonda zu brechen. Die Arbeiter fordern Arbeitszeitverkürzung und die Wiedereinführung der gleitenden Lohnskala.

Streiks im öffentlichen Dienst

In mehreren Kontinenten streikten Beschäftigte im öffentlichen Dienst. So in Argentinien, wo zehntausende Beschäftigte in Schulen, Krankenhäusern, Universitäten, bei der Post und der Eisenbahn bis zu 20% Lohnerhöhungen erkämpften. Die Inflationsrate beträgt im Augenblick ca. 30%.

In England nahmen Tausende von Krankenschwestern an einem Protesttag teil, den ihre Gewerkschaft Nupe organisiert hatte.

In Belgien und Holland griffen die Polizisten – neben Demon-

strationen und auch Streiks – zu anderen Mitteln, um auf ihre schlechten Arbeitsbedingungen hinzuweisen: Sie machten z.B. Striptease in der Pause bei einem Fußballspiel.

Seit Wochen steht Frankreich im Zeichen von Streiks bei Post, Bahn, öffentlichem Nahverkehr, Flugverkehr, Elektrizitätsarbeitern, Gefängniswärtern und Krankenschwestern haben schon vor einigen Monaten Lohnerhöhungen erhalten – aber auch erst, nachdem sie in den Streik getreten waren. Zum ersten Mal seit 17 Jahren wurde die Armee eingesetzt, um zu versuchen, den Streik der Beschäftigten im öffentlichen Personennahverkehr zu brechen.

Indien

Zehntausende Bauern demonstrierten eine Woche in Neu-Delhi. Sie forderten Streichung aller ihrer Schulden und höhere Preise für ihre Produkte.

Süd-Korea

Tausende von Bauern demonstrierten vor der US-Botschaft in Seoul. Sie forderten ein Ende des US-Handelsdrucks. Sie wurden von Polizei-Sondereinheiten brutal zusammengeschlagen.

Eine Woche vorher hatten 30.000 Arbeiter demonstriert. Sie forderten bessere Arbeitsbedingungen und die Verhaftung des Ex-Präsidenten Chun, der den Tod von 200 Demonstranten vor acht Jahren zu verantworten hat.



Viele Wahlberechtigte in den USA verhielten sich auch bei der letzten Präsidentschaftswahl nach dem Motto: „Wen wähle ich diesmal nicht Bush oder Dukakis?“ Denn klar ist: Beide vertreten die Interessen des Kapitals. Ihre eigenen Interessen müssen die Arbeiter selbst vertreten!

Jesse Jackson gewann mehr und mehr Sympathien im einfachen Volk, bei schwarzen wie weißen Arbeitern, bei den sozial Benachteiligten, genauso wie bei den unterdrückten Frauen und alten Menschen. Er nahm Seite an Seite teil an Streiks und Demonstrationen von Arbeitern und Jugendlichen.

Dukakis räumt auf

Bei all dieser Propaganda aber blieb er ein Kandidat der Demokratischen Partei. Und diese zeigte ihr bürgerliches Gesicht, sie zeigte, daß sie ebenso wie die Republikaner ein Instrument der Großkonzerne und Bosse ist. Jesse Jackson und seine Kampagne wurden abgesägt, der „pragmatische“ Dukakis wurde Präsidentschaftskandidat. Und der räumte im Interesse der Bosse

zu erzeugen, wurde nur als Instrument für die Vor-Wahlkampfphase benutzt, um für die Demokratische Partei Pluspunkte zu sammeln. Dukakis dann hatte weder eine Ausstrahlung à la Jackson noch vergleichbare Programmpunkte anzubieten. Wie eine junge Arbeiterin aus Nevada treffend bemerkte, als sie nach Dukakis' Nominierung die blitzsaubere Jubelschar seiner Anhänger betrachtete: „Im Vergleich zu Jacksons Leuten ist das ein Unterschied wie schwarz und weiß.“

Bush-Kampagne

Der „Gegen“-Kandidat Bush konnte von Glück sagen, gegen so ein Windei anzutreten. Er machte, was seine Wahlkampfstrategen ihm eintrichterten: Bush schmettete die be-

fristeten Arbeitsverträgen verbunden. Zwischen 1979 und 1987 fielen die Durchschnittslöhne um 10,9%, gleichzeitig stieg die Arbeitssetze. In dieser Situation könnte eine Verlängerung des Aufschwungs – angesichts der gestiegenen Gewinne der Unternehmer – sehr schnell dazu führen, daß die Arbeiter um Lohnerhöhungen kämpfen.

Trübe Aussichten

Aber die Aussichten für die US-Wirtschaft sind nicht besonders rosig. Die Mehrzahl der amerikanischen Wirtschaftsexperten rechnen mit einer Rezession nächstes Jahr oder im Jahr 1990. Zuviel hat sich angestaut, und jeder Versuch, mit der jetzigen Wirtschaftslage umzugehen, führt über kurz oder lang in den Ruin.

Macht die Bush-Regierung so wei-

„Wahlen“ in Südafrika

Boykott war Zeichen der Stärke

Seit ca. 40 Jahren regiert in Südafrika die weiße Nationalpartei mit absoluter Mehrheit. Mit barbarischen Mitteln unterdrückt das Minderheitsregime die schwarze Bevölkerungsmehrheit. Aber weil die Weißen als Machtbasis nicht ausreichen, mußte die Apartheid-Diktatur schon immer versuchen, Keile in die schwarze Bevölkerung zu treiben. Längst überholte Stammesteilungen werden künstlich am Leben erhalten, und willige Kollaborateure werden vom Staat angeheuert, um Aktivisten der Gewerkschaften und Jugendorganisationen zu töten oder zu terrorisieren.

Während der revolutionären Bewegung 1984 bis 86 wurde an diesen Verbrechern Rache genommen und viele verbrannt mit Autoreifen um den Hals. Nachdem der Staat die Aufstände bis Ende 1986 unterdrückt hatte, gewannen die Kollaborateure wieder die Oberhand. Vom Staat unterstützt und dazu angetrieben ermorden sie nicht nur die Aktivisten, sondern auch deren Familie oder Freunde. Und dann erklärt die Regierung die Schwarzen für unreif zur Demokratie!

Da ist zum Beispiel Mangosuthu Buthelezi, Anführer der schwarzen Inkatha-Bewegung. Nach eigenen Angaben ist Inkatha eine Befreiungsbewegung der Zulus (Mehrheit unter den Schwarzen). In Wirklichkeit ist Inkatha das erfolgreichste Instrument der weißen Regierung zur besseren Unterdrückung der schwarzen Protestbewegungen.

Mörder und Streikbrecher

Buthelezi stützt sich hauptsächlich auf die traditionellen Häuptlingsstrukturen in seinem Homeland „KwaZulu“. Die Tradition in diesem größten Stammesgebiet brachte Buthelezi nach oben. Von der weißen Minderheitsregierung wurde er als Minister- und Polizeipräsident der Bevölkerung vorgesetzt. Daher hat er nicht das geringste Interesse an der Abschaffung der Apartheid. Das System Apartheid hält ihn auf seinem Chefessel und unterstützt seine Inkatha. Auf der anderen Seite ist Inkatha gerne bereit, für das Kapregime durch die Straßen zu randalieren oder bei Arbeitskämpfen Streikbrecher zu stellen.

Bei der PACA (Pietermaritzburg Vereinigung für christlich soziale Aktionen) erzählt ein Mann: „Ich bin



Streikende Arbeiter: Sie wissen, Kapitalismus und Apartheid sind zwei Seiten derselben Münze.

auch Inkatha-Mitglied, aber was ist das schon für eine Mitgliedschaft. Was soll's. Wenn ich für fünf Rand (ca. 4,50 DM) Frieden haben kann, zahle ich eben fünf Rand.“ Sein Sohn, als UDF (Vereinigte Demokratische Front) Unterstützer bekannt, konnte sich diesen Frieden nicht erkaufen. Mehrmals erschienen Inkatha-Banden bei dem Mann, durchsuchten das Haus und als sie ihn nicht fanden, ermordeten sie einen Freund und brannten das Haus ab, nachdem der Mann Anzeige bei der Polizei gemacht hatte.

Seit den Unruhen in Soweto 1976 gründeten sich in den Fabriken und Bergwerken immer mehr freie Gewerkschaften und in den Townships Befreiungsorganisationen der schwarzen Arbeiterklasse. Das Wachsen dieser Organisationen aktivierte nicht nur die Arbeiter aus den Townships. Die Wanderarbeiter aus den Homelands nehmen die Ideen mit nach Hause und zeigen ihren Familien, daß „Apartheid und Kapitalismus nur zwei Seiten der gleichen blutigen Münze sind“ und gemeinsam gestürzt werden müssen.

Buthelezi und seine Terroristen können sich gegen den wachsenden Einfluß der Befreiungsbewegung nicht anders helfen als durch Terror gegen aktive Gewerkschafter und Jugendliche. Während die südafrikanische Presse dann die Inkatha-Terroristen lobt, weil sie „der Polizei bei der Wiederherstellung des Friedens“ behilflich sind, hält Botha den Ausnahmezustand aufrecht.

Kommunalwahlen

Es waren dann auch lediglich diese Sorte von Gangstern, die sich in Bothas nach Rassen getrennten Kommunalwahlen als schwarze Kandidaten aufstellen ließen. Aus fehlendem Interesse oder Angst, es mit der Bevölkerung zu tun zu kriegen, blieben die Hälfte der möglichen Sitze ohne Kandidaten.

Diese Ortsräte hatten vorher sowie so nur Mieten erhöht, weshalb es seit 1984 einen weitverbreiteten Mietboykott gibt. Ortsräte antworteten mit polizeilichen Räumungen, Stromabschalten (wo vorhanden), Fenster und Türen entfernen, und anderen Methoden psychologischen Terrors. Verbesserungen haben sie nie erwirkt.

Die Kommunalwahl vom 26. Oktober wurde dann auch von den meisten schwarzen Organisationen abgelehnt und boykottiert. In manchen Townships wußte man sogar gar nicht, daß sie stattfanden. Von Botha & Co. als Reform gegen die Apartheid gepriesen, war sie für ihn ein Flop. 5.000.000 Rand (ca. 4,5 Mio. DM) hat die Regierung in diese Wahlen gesteckt. Es ging aber nicht darum, wer gewählt wird, sondern daß gewählt wurde. Rechte

gibt es für die gewählten Schwarzen nämlich keine. Man wollte ein Zeichen nach außen geben, daß man bereit sei, die Apartheid „demokratischer“ zu gestalten, und ein Test für die eigene Reformpolitik unter den Weißen sollte sie sein.

Boykott

Von einer spürbaren Wahlbeteiligung unter Schwarzen konnte dann auch keine Rede sein. Noch nicht einmal 10% der als Wähler registrierten Schwarzen beteiligten sich. Real waren das in Soweto beispielsweise nur ca. 3% der erwachsenen Bevölkerung.

Dabei hatte man sich doch einiges einfallen lassen, um der Masse die Wahlen schmackhaft zu machen. In den großen Zeitungen und dem staatlichen Fernsehen warben Ratten und Eichhörnchen für ein Gelingen der Wahl. Schwarze meinten dazu, bei der Wahl ginge es wohl eher um Tiere und nicht um sie.

Es gewannen also weder Botha noch die Schwarzen, was ein Wunder gewesen wäre, sondern die radikalen Weißen. Sie verweigern der Botha-Re-

gierung die Gefolgschaft, weil sie „Reformen gegen die Apartheid“ zu weit gehen. Ihre Forderungen rufen nach Wiederherstellung der „alten Zeiten“ mit bedingungsloser Unterdrückung und Zurückschreiben jeglicher Errungenschaften Schwarzen.

An dem Boykott durch die Schwarzen konnte man gut erkennen, wie sich die Stimmung im schwarzen Proletariat für eine neue Welle der Revolution aufbaut. Vielerorts wurden die demokratischen Straßenkomitees der Jahre 1984-86 wiederbelebt und der erfolgreiche Boykott war ein wichtiges Zeichen der Stärke. Diese nach Rassen getrennten Marionetten-Ortsräte sind nicht die Demokratie, für die schwarze Arbeiter kämpfen. In diesem Kampf wird eines klar: Echte Demokratie und Gleichheit aller sowie angemessener Lebensstandard werden uns die weißen Kapitalisten und ihre Regierung nicht schenken, sondern sie müssen obert werden.

Matthias Bürschgens, Aachen
Jungsozialist



Hier, in Pietermaritzburg, wehren sich Aktivisten gegen die mörderischen Inkatha-Gangs.

Nach den Wahlen in Israel und der Ausrufung des Palästinenserstaates

Wie weiter im Nahen Osten?

Nach den Wahlen im November 1988 geht Israel weiterhin einer ungewissen Zukunft entgegen. Keine der großen Verschiebungen prägen das neue Parlament, doch Entscheidendes hat sich am rechten Rand getan: Mit den zugewonnenen Sitzen haben die Parteien rechts von Shamirs Likud-Block jetzt gerade genügend Einfluß, um der Politik der nächsten Zeit ihren Stempel aufzudrücken. Entsprechend verfehlte Peres Arbeiterpartei ihr Wahlziel, gemeinsam mit den linken Splitterparteien die drohende rechte Mehrheit zu verhindern.

Die neue Stärke der Rechtsexremen bringt neue Probleme. Ihr fundamentalistischer Kurs schürt Konflikte in den eigenen Reihen, neben dem harten Kurs gegen die Araber fordern sie ein konsequentes Einhalten jüdischer Rituale bis zur Stilllegung sämtlicher Industrieanlagen am Wochenende. Doch für Shamir heißt die Frage: Wo liegen die größeren Gemeinsamkeiten, rechts oder links? Hier lohnt noch einmal ein Blick zurück in den Wahlkampf.

Dieser war bestimmt vom Thema des palästinensisch-israelischen Konflikts, das u.a. auch als gelungenes Ablenkungsmanöver von einer konsequenten Auseinandersetzung mit den inneren Zuständen der israelischen Gesellschaft selbst diente.

Streiks und Unruhen

Zwar steht Israels Wirtschaftskraft an der Spitze im Nahen Osten, doch ein großer Teil der Wirtschaftsleistung wird von Rüstung und Armee aufgefrassen, der übrige Wohlstand verteilt sich in den Reihen der oberen Zehntausend. Groß ist die Zahl derer, die nicht wissen, ob ihr Geld noch für morgen reicht. So dringt kaum mal ein Bericht über die Vielzahl der Streikbewegungen der letzten Jahre zu uns herüber, die ihre Ursache in einem völlig



Mit Tränengas und Gummigeschossen versucht die israelische Armee vergebens, die Intifada, d.h. den Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten niederzuschlagen.

anderen Inhalten. Shamir weihte provokativ neue jüdische Siedlungen ein, die gesamte Rechte forderte eine harte Haltung gegen die Palästinenser. „Ganz Israel den Juden“ ist ihre Devise. Ihr politisches Konzept lautet: Die Palästinenser demoralisieren, die Loyalität der Israelis erhalten durch das Schüren der Angst vor der palästinensischen Bedrohung. Shamirs Lösung für die Palästinenser ist gar keine: Er versprach ihnen volle Autonomie nach Camp David und meinte damit die Beibehaltung des Status quo: Eine Selbstverwaltung in gewissen kommunalen Fragen – eine „Müllabfuhrautonomie“, so ein arabischer

Bürgermeister – sowie Ruhe und Ordnung.

Die Rechtsaußen verfolgen darüber hinaus die Vertreibung aller Palästinenser aus „ganz“ Israel, mit ihrem Wahlsieg ist eine Verschärfung der Auseinandersetzung vorprogrammiert.

„Intifada“

Erstmals in ihrer 20-jährigen Geschichte bezog aber die PLO selbst Stellung zu den verschiedenen Parteien. Sie appellierte mehr oder weniger direkt an die Wahlberechtigten, die Arbeiterpartei zu wählen, um den Kurs der Konfrontation zu stoppen. Hier wird ein Erfolg der „Intifada“ (des Massenaufstandes in den besetzten Gebieten) deutlich. Der jetzt einjährige Widerstand der Nichtzusammenarbeit und politischen Demonstrationen hat die israelische Kompromißlosigkeit aufgeweicht. Doch die Arbeiterpartei wird von Peres, der den Verhandlungsfrieden anstrebt, geführt und von Rabin, der als Verteidigungsminister und Herr der besetzten Gebiete mit eiserner Faust kurzfristige Erfolge anstrebte ohne Rücksicht auf die langfristigen Folgen. „Die jetzige Welle von Zwischenfällen wird bald wieder abbrechen“, meinte er im Herbst 1987.

Palästinenserstaat

Doch die Palästinenser haben durchgehalten, ihre Organisation hat sich gefestigt, ihre Jugend hat ein weiteres Jahr die Schule der Unterdrückung durchgemacht. Der Staat Israel hat politische und wirtschaftliche Blessuren erlitten, denn der Le-

bensstandard der Israelis kann nicht gesichert werden ohne die Arbeitskräfte der Araber.

Heute müßten sie einen Schritt weitergehen: Die Palästinenser müssen ihre Zukunft in der Verbindung der Arbeiter der verschiedenen Länder suchen. Ein palästinensischer Staat könnte sich weder politisch noch wirtschaftlich unabhängig am Leben halten. Die Masse der Palästinenser kämpft heute zwar für einen eigenen Staat, um ihr Lebensrecht durchzusetzen, doch dieser Staat wäre in einer kapitalistischen Ordnung bald Spielball internationaler Mächte und Märkte, ohne Aussicht auf bessere Versorgung der Menschen, als es heute der Fall ist.

Doch befinden sich die palästinensischen Arbeiter in einer Schlüsselstellung zur Einigung der Arbeiterklasse der gesamten Region. Ihre Zerstreuung, so unhaltbar dieser Zustand bietet eine Grundlage zum Kampf für internationale Einheit der Arbeiterklasse.

Die PLO-Führung müßte folgen neben der Forderung nach eigenem Land die nach einer sozialistischen Gesellschaftsordnung oben anstellen. Doch darin versagte sie schon 1970 Jordanien. Sie darf sich nicht von ihren arabischen Financiers Mittel benutzen lassen, mit dessen Hilfe das revolutionäre Potential der palästinensischen Massen ins nationale Fahrwasser abgeleitet wird, ohne Klassenfrage aufzugreifen.

Die Lösung des Problems liegt im gemeinsamen Kampf der jüdischen und arabischen Arbeiter gegen die gemeinsamen kapitalistischen Unterdrücker in Israel. Das Ziel muß sein: Eine sozialistische Föderation der Staaten des Nahen Ostens, mit voller Autonomie für Israel und dem Recht der Palästinenser auf ihren eigenen Staat.

Otto Wanner, Stuttgart
Jungsozialist

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Liebe Genossinnen und Genossen, die Jugendarbeitslosigkeit ist etwas, was unsere Regierung nicht in den Griff bekommt. Viele Jugendliche können zwar eine Ausbildung abschließen, aber dann droht Arbeitslosigkeit. Und was macht man mit den älteren Menschen? Sie müssen demnächst wieder bis 65 Jahre arbeiten. Ich weiß, wovon ich spreche, denn ich habe mich auf das Altersruhegeld zu. Bin jetzt 58 und heilfroh, wenn ich mit 60 meinen Job aufkündigen kann. In unserer Leistungsgesellschaft ist es verdammt schwer, noch mitzuhalten. Man ermüdet wesentlich schneller und die Knochen sind auch nicht mehr das, was sie mal mit 38 Jahren waren. In unserer Gesellschaft ist man in dem Alter einfach ausgepumpt. Nun brauche ich noch nicht einmal

Schichtarbeit zu leisten, habe noch mein freies Wochenende, um mich einigmaßen zu erholen. Wie gerne würde ich meine Arbeit aufgeben - ich bin Berufsschullehrerin im Jugendstrafvollzug - und einer jüngeren Kollegin Platz machen. Jetzt hätte ich wenigstens noch etwas von meinem Ruhestand. Wie es in zwei Jahren mit meiner Gesundheit aussieht, weiß ich nicht, besonders wenn der Streß so weitergeht. Wenn die neue Regelung für mich schon gelten würde, müßte ich noch sieben Jahre arbeiten. Nie und nimmer würde ich das schaffen. Da kommt mir ein Gedanke: Ist das etwa die Absicht von Herrn Blüm, die Renten damit zu sichern, daß er die Zahl der Ruheständler durch Tod reduziert? Denn wer wird in dieser kapitalistischen Wirtschaftsform die 65

Zustände wie im alten Rom

Liebe Genossen! Worum geht es? Seit 15 Jahren habe ich Zoff mit dem Arbeitsamt aufgrund meiner Gesundheit. Ich bin Krankenpfleger von Beruf und habe im Laufe der Jahre noch andere Knochenarbeiten wie z.B. Transporteur, Lagerarbeiter, Bau etc. gemacht. Dadurch beengt habe ich große gesundheitliche Probleme. Unter anderem wurden mir Verschleißerscheinungen an der Hals- und Lendenwirbelsäule bescheinigt. Trotzdem ist kein Arzt bereit, mir das vernünftig zu attestieren! Somit stehe ich bei jeder Einrichtung, egal, ob es Bundeswehr, Zivildienst, Arbeitgeber oder das Arbeitsamt ist, vor der selben Attesthürde. Sie ist für mich alleine überwindlich. Deshalb wende ich mich an Voran, um meinen Fall mal in die Öffentlichkeit zu bringen. Zur Zeit besteht das Arbeitsamt in Form einer jungen Dame, die zum X-

ten Male nach Aktenlage entscheidet. Demnach soll ich aus arbeitspolitischen Gründen - und wenn es als Pflegehelfer oder Hilfsarbeiter ist - vermittelt werden. Hauptsache, ich bin aus der Akte verschwunden. Wenn ich mich dagegen wehre, wird mir die Arbeitslosenhilfe gestrichen und ich verliere meine Wohnung und als Obdachloser hat man in diesem Bürokratenstaat eh nichts zu lachen. Außerdem bin ich seit Mitte der 70er wegen angeblich staatsfeindlicher Äußerungen registriert! Da ich weiß, daß es vielen Genossen, Rentnern, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Obdachlosen usw. genauso geht, gehört der Fall in die Öffentlichkeit. Wenn ich meine Mitmenschen genauso behandelte, wäre ich schon zig mal wegen grobfahrlässiger, schwerer Körperverletzung eingebunkert worden.

Viele Genossengrüße, Euer
Gerhard Birchinger, Aachen

Jugend für Sozialismus
Ein Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse
Preis: 2,50 DM

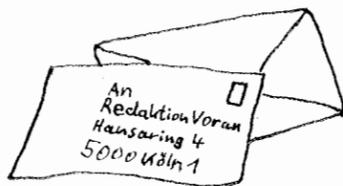
Jetzt bestellen!
Die neue Voran-Broschüre „Jugend für Sozialismus“, Preis: 2,50 DM erhältlich bei der Redaktion

In unserer neuen Broschüre gehen wir auf die Hauptfragen ein, mit denen Jugendliche konfrontiert sind. Wir greifen Alltagsprobleme auf und verbinden sie mit den grundlegenden Widersprüchen in unserer Gesellschaft. Und vor allem: Wir zeigen, was man tun kann!

Skandalflut in den Medien

Liebe Genossinnen und Genossen, fast jede Woche kommt die Nachricht von einem neuen Skandal in unsere Häuser geflimmert. Angefangen bei dem Flüssigkeits-Skandal, über Nematoden im Fisch bis zu dem mit Hormonen verseuchten Kalbsfleisch. Was aber bewirkt diese Flut von Schauernachrichten? Führt sie dazu, daß etwas gegen diese üblen Mächte getan wird? - Nein! Es wird sich von einem Skandal in den nächsten gestürzt. Es ist ja nicht unbedingt negativ zu bewerten, daß Themen wie der Umgang mit Lebensmitteln in der Industrie in die Presse kommen und zu Diskussionen führen, nur wird der Konsument mit dieser Schwemme allein gelassen und ist verunsichert. Bei dieser Flut von Skandalen schleicht sich der Eindruck ein, daß die gesündeste Art der Ernährung das Hungern ist. Es ist leider Tatsache, daß die tägliche Nahrungsaufnahme für viele Menschen ungeahnte Gefahren birgt. Die Zahl der bekanntwerdenden Allergiefälle nimmt stetig zu. Oft wissen die Betroffenen nicht einmal etwas von ihrer Überempfindlichkeit. Diese, z.T. durch chemische Zusätze in Lebensmitteln hervorgerufenen Reaktionen beschränken sich jedoch nicht nur auf Hautausschlag oder chronischen Schnupfen, es kommt sogar zu aggressivem Verhalten, so z.B. bei Kindern, die allergisch auf Phosphate reagieren. Die Eltern solcher Kinder stehen oft vor einem Rätsel, wenn ihr Kind ohne ersichtlichen Grund extrem aggressiv wird. Auf die Idee, daß es ein Zusammenhang zwischen der Nahrung und dieser Verhaltensstörung gibt, kommt natürlich kaum einer. Das Problem ist gerade bei Lebensmittelallergien, daß der Körper z.T. erst nach einiger Zeit auf etwas reagiert, das bisher regelmäßig ohne irgendwelche Probleme konsumiert wurde. Überlegt man sich, wie viele Menschen an solchen Allergien leiden und daß diese nur einen Teil von krankhaften Reaktionen auf industrielle Zusatzstoffe darstellen, so kommt man zu der Frage: „Warum benutzt die Industrie solche Zusatzstoffe überhaupt?“ Die Antwort darauf ist nach kurzer Überlegung eindeutig: Das Streben nach möglichst großem Gewinn veranlaßt die Unternehmen, immer mehr Chemikalien den Lebensmitteln beizumischen. Egal ob bestimmte Mittel die Haltbarkeit erhöhen oder eine angenehmere Färbung bewirken, sie alle haben den gemeinsamen Sinn die Profite zu erhöhen. Die Menschen sind dabei für die Unternehmer Nebensache. „Aber was kann ich als Einzelner dagegen tun“, wird sich mancher fragen. Die Antwort ist eindeutig: Jeder muß politisch aktiv werden, um zumindest auf lange Sicht hin etwas bewirken zu können. Scharfe Kontrollen der Industrie sind notwendig, um der Skandal- und Allergiefutur begegnen zu können.

Holger Bodenhausen, Bremerhaven
Jungsozialist



Jahre erreichen? Die wenigsten. Da kann er gut sagen, die Renten sind gesichert. Gesichert für die, die überbleiben. Die Arbeiter werden es meist nicht sein, das steht schon mal fest. Die sind mit 56 Jahren schon abgearbeitet. Allerdings bekommt der Arbeiter nicht so eine große Rente. Aber die Menge machts, gell, Herr Blüm?

Dorothea Kirschbaum, Köln
SPD-Mitglied

Hallo Voranredaktion,

ich habe immer geglaubt, ein gut informiertes Mitglied dieser „Demokratie“ zu sein, auch in Bezug auf die hiesige Presse. Als überzeugter Marxist habe ich natürlich die ganze Palette der hierzulande erscheinenden „linken“ Blätter durchforstet, doch hatte ich die Nase sehr schnell voll, da fast sämtliche mit Phrasen wie z.B. „Tod den ...!“, „Zerschlagt die ...!“ etc. rumhantieren, was mich eher zur Belustigung als zum Nachdenken anregte oder an vergangene Zeiten erinnerte und, wie ich meine, der Demokratie nicht dienlich sind.

Nun bin ich durch Zufall in der Straßenbahn auf Voran gestoßen und mußte zu meinem Entsetzen feststellen, daß es Euch schon 15 Jahre lang gibt. Ich bin mehr als angenehm überrascht, was natürlich zur Folge hat, Voran sofort zu abonnieren. Da ich Sozialhilfeempfänger bin und ein kleines Kind zu versorgen habe, ist es mir leider nicht möglich, das Förderabo zu beziehen.

Tschö, Euer
Roger Milwa, Kassel

Liebe Genossen, im Monat September 1988 hielt ich mich für dreieinhalb Wochen in Marokko auf. Ich kann nicht davon schwärmen, in einem phantastischen Urlaubsland gewesen zu sein, wenn ich an die ausgemergelten Körperchen der Kinder denke. Kilometerlange schneeweiße Strände sind zwischen den Gesellschaften des Tourismus aufgeteilt. Sie gehören den Marokkanern schon lange nicht mehr.

In Marokko werden die Menschen im Schnitt nur 51 Jahre alt. Dies liegt nicht an der vielen Sonne, wie uns hier durch entsprechende Medien eingeredet wird, sondern an mangelnder Ernährung, an mangelnder Gesundheitsvorsorge und Hygiene.

König Hassan II. und 200 marokkanische Familien teilen sich den Rest der marokkanischen Güter und Reichtümer auf, den die ausländischen Kapitalisten übriglassen. Die

Verkauft

Am 27.10.1988 wollten vier Voran-Unterstützer aus Kassel ihren ersten Verkaufstermin bei Thyssen Henschel wahrnehmen. Um 5 Uhr morgens klingelte der Wecker und kurz nach 6 Uhr befanden wir uns vor dem Haupteingang zu Thyssen. Froh, daß der Kampf gegen die Müdigkeit erfolgreich überwunden war, wollten wir nun aktiv und offensiv VORAN an die Kollegen bei Thyssen verkaufen. Doch ehe wir dazu kamen, auch nur drei Leute anzusprechen, kam auch schon der Werkschutz. Er wies uns darauf hin, daß wir uns auf Werksgelände befänden und von daher die Zeitung nicht verkaufen dürften.

Ein Genosse fragte noch, wie wir die Kollegen an der Straße erwischen sollen, wenn sie alle mit dem Auto bis auf's Werksgelände fahren. Wir bekamen keine Antwort mehr. Und das ganze Theater um 6 Uhr morgens. Doch anstatt zu resignieren, blieben



Auch auf der DPG-Demonstration am 16.11.1988 fand Voran-Material reges Interesse: Es wurden über 800 Buttons, über 700 Zeitungen und ca. 500 Post-Broschüren verkauft.

Masse der Marokkaner geht am Bettelstab. Kinderarbeit gibt es reichlich in Stadt und auf dem Land. Acht- und Neunjährige verrichten teilweise Schwerarbeit. Auf Schulpflicht wird nicht geachtet. Frauen sind in der Mehrzahl rechtlos. Mehrehe ist noch erlaubt. Die absolute Mehrheit der Bevölkerung ist tiefreligiös (Mohammedaner). Betteln ist erlaubt und ohne Bettelei würden noch mehr Menschen am Hungertod sterben.

Touristen halten sich meistens in ihren Anlagen (Hotelanlagen, die bewacht sind) auf. Sie wollen mit dem Elend nicht konfrontiert werden, obgleich diese Konfrontation wichtig wäre, um das Bewußtsein für die Probleme der 3. Welt zu schärfen und die Solidarität zu entwickeln. Der Europäer würde erfahren, daß König Hassan II. als Vasall der mächtigen europäischen und US-amerikanischen Konzerne ein Parlament unterhält, wo

wir optimistisch! Wir teilten uns in zwei Gruppen und verkauften an zwei kleinen Nebeneingängen des Werkes. Innerhalb von einer halben Stunde verkauften wir 15 Zeitungen zum Solidaritätspreis von 2 Mark, so daß auch für den Kampffonds einiges zusammenkam.

Ein großartiges Ergebnis, vor allem wenn man in Betracht zieht, daß wir vor Thyssen zum ersten Mal verkauften und daher auch noch keinerlei Verankerung unter den Arbeitern haben. Nicht einschüchtern lassen, offensives Auftreten beim Zeitungsverkauf, durch die eigene Überzeugung von unseren Ideen und freundliches, aber bestimmtes Verkaufen und Sammeln von Spenden wird VORAN zu einem „Begriff“ bei den Arbeitern werden lassen. Wir blicken optimistisch in die Zukunft.

er persönlich direkt 1/3 der Abgeordneten hin entsenden kann. Über eine königstreue Einheitspartei werden die restlichen 2/3 der Abgeordneten gestellt. Eine alternative Parlamentspartei gibt es nicht. Die einzige Opposition in Marokko ist die außerparlamentarische Polisario.

Ich habe Oasen (Amtoudi) besucht, wo die Menschen noch im finsternen Mittelalter leben. Ich habe allerdings auch wenige Paläste gesehen, die all den Reichtum bargen, der alle Marokkaner satt machen würde.

Die Religion ist in Marokko das Opium des Volkes. Und dennoch wird Marokko erwachen. Die proletarische Klasse ist international und lebt auch in Marokko. Sie wird geweckt werden und erst dann wird Marokko kein Kolonialland mehr sein.

Manfred Engelhard, Aachen
ÖTV-Kreisarbeits-
Ausschubvorsitzender

Kampffonds Spendet für VORAN!

Damit in Regierung und Verwaltung für sie auch alles wie geschmiert läuft, müssen die Metallbosse schon einiges springen lassen. So bekam die CSU vom Verein der bayrischen Metallindustrie 600.000 DM am Stück, wohl auch als Trinkgeld für die Bemühungen des CSU-Statthalters im Wirtschaftsministerium um die Frage Airbus und MBB.

Von Einzelfirmen oder Verbänden erhielt die CDU 1987 mind. 600.000 DM und die FDP 400.000. Aber die Parteien des Kapitals sind bei Zuwendungen natürlich nicht so kleinlich: Spenden unter 20.000 DM tauchen in Rechenschaftsberichten gar nicht auf. Unter diesen Umständen ist klar, für Lohnerhöhungen bleibt natürlich nichts übrig.

Und dieses Geld kommt dann auch noch aus den Profiten, die wir erarbeiten. Im Sozialismus könnten wir selbst bestimmen, wofür der von uns erwirtschaftete Wert verwendet wird. Genau dafür kämpft VORAN, mit der aktiven Unterstützung ihrer Leser:

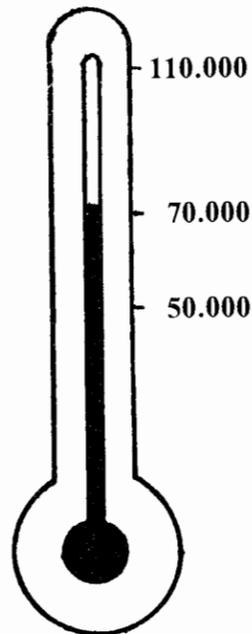
Hamburger VORAN-Unterstützer erzielten 115 DM bei einem KF-Essen und Astrid Sauer, Azubi in einer

Bank, spendete 70 DM. Bremerhavener verkauften eine Palästina-Broschüre für insgesamt 152 DM und ein Flohmarkt in Essen brachte 175 DM.

Manfred Müller, Sozialhilfeempfänger in Köln spendete 20 DM und Gabi, eine Krankenschwester, spendete 60 DM. Damit haben wir im Oktober insgesamt 7.100,69 DM gesammelt, das heißt insgesamt 72.202 DM für die ersten zehn Monate des Jahres 1988.

Auf einem VORAN-Seminar im November machten wir einen Riesenschritt in Richtung auf eigene Druckräume: Die Teilnehmer spendeten 11.332,01 DM in bar. Zur Stärkung der marxistischen Stimme gaben Joachim aus Hamburg 500 DM und Aaron aus Stuttgart 340 DM. Jan und Ulrike aus Köln spendeten 700 DM. Viele Teilnehmer versprachen, weitere Spenden bis zum Jahresende aufzutreiben.

Macht VORAN auch ein Weihnachtsgeschenk und denkt an die versprochenen Spenden, wenn Ihr Euer Weihnachtsgeld bekommt. Fragt auch alle Arbeiter und Jugendliche, die die VORAN kaufen oder regelmäßig



Spendenkonto:
VORAN Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

lesen, nach einer besonderen Spende, denn bei VORAN kommt das Geld dem Kampf um den Sozialismus und so uns allen zugute und nicht den Profiten der Großhändler im Weihnachtsummel.

Geert Möbius, Köln
Jungsozialist

Flexibilisierung Sonntag NICHT für Profite opfern

In den letzten Wochen und Monaten hat die Diskussion um Sonntagsarbeit im Rahmen der Flexibilisierung der Arbeit an Schärfe gewonnen. Nicht zuletzt die Äußerungen von Oskar Lafontaine, daß die Samstags- und Sonntagsarbeit ausgedehnt werden müsse, haben zu einer weiteren Kontroverse zwischen Gewerkschaft und Lafontaine geführt.

Zunächst wies dieser nur auf die Pflegegedienste hin, in denen Sonntagsarbeit notwendig sei. Aber wie schon bei dem Vorstoß zur Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich wird auch hier die Richtung der Lafontaine-Äußerungen deutlich. Auf dem SPD-Parteitag in Münster sprach er es dann doch deutlich aus: „Ich plädiere für eine pragmatische (sachbezogene) Phantasie bei der Laufzeit der Maschinen und bei der Organisation und Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit.“

Welche sachbezogene Phantasie meint Oskar? Geht es ihm um die Interessen der Arbeiter, deren freies Wochenende durch die Sonntagsarbeit zu Grabe getragen wird? Wohl kaum! Die Äußerungen zur Sonntagsarbeit und zur Arbeitszeitverkürzung sowie die Annäherung an die FDP deuten darauf hin, daß sich Lafontaine in den Unternehmerkreisen hoffähig machen will und sich den Kapitalisten für die Bundestagswahl 1990 als „gute Alternative“ präsentieren möchte.

Warum Flexibilisierung?

Die Entwicklung der Wochenend- und Sonntagsarbeit in den Jahren 1980-87 ging rasant voran. Arbeiteten 1980 „nur“ 18% der Erwerbstätigen regelmäßig samstags, so waren es 1987 schon 32%. Bei der Sonntagsarbeit waren es 1987 10% gegenüber 7% 1980. Die Wochenendarbeit ist zudem nur ein Bereich der Flexibilisierungstaktik der Unternehmer. Hinzu kommt die Lockerung des Ladenschlußgesetzes (Stichwort: Dienstleistungsabend), die brisante Zunahme der Teilzeitarbeit (Stichwort: Beschäftigungsförderungsgesetz) sowie der Entwurf zum Arbeitszeitgesetz. Dieser sieht eine Lockerung des Sonntagsarbeitsverbots in der Gewerbeord-



Konkurrenzkampf auf ein neues Niveau begibt. Denn um diese teuren Maschinen rentabel zu machen, muß der Kapitalist versuchen, möglichst viel und billig zu produzieren und natürlich auch abzusetzen. Das heißt, er muß die Organisation im Betrieb verbessern und die Auslastungszeiten im Betrieb erhöhen. Dies geschieht u.a. mit Teilzeitarbeit und Flexibilisierungsmaßnahmen.

Zeche zahlen Arbeiter, Familien und Kinder

Da aber jeder Kapitalist so handeln muß, ist der Konkurrenzvorteil so gleich dahin. Was bleibt, sind die verschlechterten Lebensbedingungen von Arbeitern, Familien und Kindern. Bei vielen ist ein angemessenes Familienleben schon gar nicht mehr möglich. Schichtarbeit, Arbeit beider Elternteile, Wochenendarbeit und Überstunden engen die gemeinsamen Freiräume für Familie, Freizeit und Freunde immer mehr ein. Die Beschäftigung mit den Kindern, die notwendig ist für ihre weitere Entwicklung, kann nur noch bruchstückhaft erfolgen. Weiterhin nimmt die gesundheitliche Belastung durch Schicht- und Sonntagsarbeit zu, wie man aus vielen Studien zu diesem Thema ersehen kann. Die Errungenschaften von jahrzehntelangem Kampf der Arbeiterbewegung für Verbot von Sonntagsarbeit und Arbeitszeitverkürzung stehen auf dem Spiel.

In einigen Betrieben sind die Betriebsräte schon teilweise auf Flexibilisierung und Sonntagsarbeit eingegangen (Siemens, Opel, IBM). Die Unternehmer versprochen, neue Arbeitsplätze einzustellen und alte Arbeitsplätze zu sichern, falls der Betriebsrat den Flexibilisierungsmaßnahmen zustimme. Aber sie drohten auch mit dem Verlust der Konkurrenzfähigkeit, mit Arbeitsplatzabbau und Betriebsverlagerungen ins Ausland, wo angeblich bessere Standortbedingungen vorherrschen (Sonntagsarbeit, niedrigere Löhne).

Es wäre falsch zu glauben, daß mit dem Eingehen auf Sonntagsarbeit die Gefahr von Arbeitslosigkeit behoben

ist. Im Gegenteil. Bei der nächsten Wirtschaftskrise werden die Kapitalisten ohne Zögern Arbeiter und Angestellte auf die Straße setzen. Für die Kapitalisten ist die Durchsetzung der flexiblen Arbeitszeit nur ein Zwischenziel. Bricht der Damm der Gewerkschaften, so werden weitere Angriffe auf Wochenendzuschläge, Urlaubsanspruch und freie Feiertage folgen. Von kapitalistischer Seite sind solche Töne ja schon häufig zu hören. Und mit Bezug auf den EG-Binnenmarkt wird diese Taktik noch verstärkt werden.

Offensive der Gewerkschaften gefordert

Für die Gewerkschaften ergibt sich daraus die Notwendigkeit, diese Angriffe abzuwehren und selbst in die Offensive zu gehen. Will die Gewerkschaft weiter ihre Kampfkraft bewahren und ausbauen, so muß sie auf die Herausforderung durch die Unternehmer massiver reagieren. Eine klare Absage zur Flexibilisierung, Sonntagsarbeit und Teilzeitarbeit ohne soziale Absicherung ist nötig. Bekennnisse aber reichen nicht. Kampf-

maßnahmen müssen ergriffen werden. Dies kann über den konsequenten Kampf für die 35-Stunden-Woche vollem Lohnausgleich, verbunden dem Kampf gegen Flexibilisierung geschehen.

Betriebe, die mit Schließung drohen oder gar umsetzen, müssen verstreut und unter demokratische Arbeiterkontrolle gestellt werden. Es müssen wir auch ganz klar sehen. Angriffe auf die Arbeiterklasse sind nicht auf nationaler Ebene begrenzt. Sie haben internationalen Charakter. Daraus ergibt sich die Aufgabe, Kampf auch international zu organisieren.

Unsere Errungenschaften auf dem Weg zu sichern ist eines der wichtigsten Ziele. Um dies zu erreichen müssen wir eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse herbeiführen, müssen wir eine sozialistische Gesellschaft frei von Kapitalisten und Konkurrenz (und Sonntagsarbeit!) erkämpfen. Dies ist die Perspektive, die SPD und Gewerkschaften aufzeigen müssen.

Frank Klobes, Marburg
Jungsozialist



Wirklich freie Zeit, die man zusammen mit Freunden und Familie verbringen kann, haben wir schon jetzt nicht genug. Nun soll uns auch noch der Sonntag genommen werden!

Fraueninitiative Hückelhoven Auf Politiker ist kein Verlaß!

Der Kahlschlag im Bergbau soll weitergehen, aber der Widerstand formiert sich. Gegen die drohende Schließung der Zeche Sophia Jacoba in Hückelhoven (siehe hierzu auch den Artikel auf der letzten Seite) gründeten die Frauen der Bergleute eine Initiative: „Betroffene Frauen und deren Familien“. Voran führte ein Interview mit Jutta Geier und Ute Sabas, Sprecherinnen der Initiative.

Voran: Wie ist die Fraueninitiative entstanden?

Jutta: Mitte September war eine ordentliche Belegschaftsversammlung und zu dem Zeitpunkt standen die Zeichen schon ziemlich auf Sturm. Der Eigentümer der Zeche, die niederländische Robecco, wollte die Zeche verkaufen, aber die Ruhrkohle AG wollte nicht kaufen. Von dem Betriebsratsvorsitzenden haben wir dann erfahren, daß ein Schließungstermin für Sophia Jacoba schon fast im Raume steht. Die Ruhrkohle AG hatte einen Schließungstermin zur Vorbedingung für den Kauf der Zeche gemacht.

Wir Frauen haben uns dann zur Aufgabe gemacht, die anderen Frauen, die anderen Familien erst einmal zu informieren, zu erklären, da wird etwas über unsere Köpfe hinweg entschieden, was uns alle betrifft und was uns um unsere normale Arbeit und um die Ausbildungsplätze für unsere Kinder bringen kann.

Daraufhin haben wir spontan eine Versammlung veranstaltet. Wir haben, soweit es ging, Flugblätter an die Haushalte in der Umgebung verteilt und bei der Versammlung waren ca. 300 Frauen mit ihren Kindern und auch ein paar Männer da. Das geschah alles spontan, nur drei Tage nach der Belegschaftsversammlung. Ab diesem Abend haben dann auch unheimlich viele Leute verstanden, worum es geht.

Wir haben danach Frauen gesucht und auch viele gefunden, die mithelfen.

Ute: Dann haben wir begonnen Infostände auf Wochenmärkten und vor Supermärkten durchzuführen. Dabei haben wir auf Stellwänden Briefe von Politikern aufgestellt, auf Flugblättern informiert und Unterschriften für eine Resolution des Betriebsrats gegen die Zechenschließung gesammelt. An den Infoständen haben wir auch unsere selbst hergestellten Buttons der Fraueninitiative verkauft.

Wir sind mit dem Betriebsrat zu

dem FDP-Parteitag, bei dem auch Irmgard Adam-Schwätzer und Graf Lambsdorff waren, nach Aachen gefahren. Die Idee hatte der Betriebsratsvorsitzende und wir haben gemeinsam innerhalb von drei Stunden drei Busse vollgepackt, um nach Aachen zu fahren. Ein paar Tage später waren wir auch noch auf Einladung der SPD mit dem Betriebsrat im Düsseldorf Landtag. Am Abend vor der Bonner Kohlerunde haben wir von der Fraueninitiative einen sehr erfolgreichen Fackelzug in Hückelhoven organisiert. Wir hatten mit allerhöchstens 2000 Teilnehmern gerechnet, und es waren über 3500 gekommen.

Jetzt werden wir weiter Infostände machen, auch auf Weihnachtsmär-

ten, außerdem Mahnwachen vor der Zeche. Dazu werden uns die Kollegen aus Rheinhausen ihre Kohlenfeuerkörbe übergeben, damit wir uns „am Feuer von Rheinhausen“ wärmen können.

Jutta: Fraueninitiative, Betriebsrat, KAB und andere haben sich überlegt, ein Bürgerkomitee ins Leben zu rufen, das jetzt auch Ende November gegründet wird. Für uns als Fraueninitiative war von Anfang an klar, daß wir das Denken und Handeln nicht den Politikern überlassen können. Durch unsere Aktionen haben wir dann auch die Kommunalpolitiker auf den Plan gerufen, von denen man sonst nie etwas hört und da haben wir gemerkt, daß wir der Stachel sein können, damit die nicht immer nur in Ruhe auf ihren Plätzen sitzen. In Worten stehen sie jetzt zumindest hinter uns. Wir verlassen uns aber nicht darauf, daß die das schon alles regeln, denn in der Vergangenheit haben die Politiker nicht das getan, was wir wollten.

Voran: Was erwartet ihr von der SPD und der Gewerkschaft?

Jutta: Von der SPD erwarte ich, daß sie ebenfalls mit uns kämpft, daß das Land NRW seinen Anteil an den Zuschüssen bezahlt, denn wir werden ja schließlich von der SPD regiert. Bisher hat das unser Landesvater Rau ja glatt abgelehnt. Von der IG Bergbau erwarte ich, daß sie voll und ganz hinter unserem Kampf steht. Auf örtlicher Ebene tut sie das auch, der Betriebsratsvorsitzende ist ja gleichzeitig hier IGBE-Vorsitzender. Darüber hinaus ist aber alles sehr ruhig. Die arbeiten zwar nicht gerade gegen uns, doch es tut eben auch keiner etwas.

Voran: Die Regierung in Bonn hat beschlossen, die Beihilfen für niederflüchtige Kohle zu streichen. Aber Blüm

hat für Sophia Jacoba eine Sonderhilfe versprochen. Meint ihr, daß Sophia Jacoba damit jetzt gerettet ist?

Jutta: Blüm hat zwar Hilfe zugesagt, aber ich frage mich, wo denn die Logik ist: Erst beschließen sie nicht mehr zu zahlen und zehn Stunden später sagen sie, man bezahlt doch nur aus einem anderen Topf. Wir brauchen nicht eine einmalige Hilfe, sondern eine Art Spende, sondern wir brauchen eine gesicherte finanzielle Regelung, nur der wir auch für die Zukunft rechnen können.

Voran: Wie kann die Schließung der Zeche verhindert werden? Wie soll der Kampf weitergeführt werden?

Jutta: Bisher war der Kampf am 16.11.1988, dem Termin der Kohlerunde in Bonn, gerichtet. Jetzt sind wir zwar für ein halbes oder ein Jahr vor dem Ertrinken gerettet, und das ist auch ein erster Erfolg von uns. Aber wir sind noch nicht aus dem Wasser raus. Wir wollen, daß die Ruhrkohle AG uns übernimmt und zwar ohne Stilllegungstermin. Sonst macht Robecco vielleicht den Pütt in drei Jahren selbst dicht und baut vorher nur noch die Halden ab, um das Geld einzusacken. Wir werden unseren Pütt nicht kampfflos aufgeben. In anderen Orten schließen sich Frauen der Fraueninitiative an und wir arbeiten zusammen.

Voran: Was habt ihr aus Rheinhausen gelernt?

Ute: Am Anfang haben wir noch nicht an Rheinhausen gedacht, aber wir haben inzwischen Kontakt zu Rheinhausen und zur Rheinhausen Fraueninitiative aufgenommen, um wir orientieren uns auch an Rheinhausen und lassen uns Tipps geben. Wir haben auch gemerkt, daß die Politik in Rheinhausen nicht mit dem Fazit endet wie die Rheinhausener.

Jutta: Wir fangen nicht mehr wie die Rheinhausener bei Null an, aber wir wollen nicht mit dem Fazit enden wie die Rheinhausener.

Voran: Vielen Dank für das Gespräch.



Dem Beispiel Rheinhausens folgend gründeten auch die Hückelhover Kollegen und ihre Frauen eine Bürgerinitiative.



Dafür kämpft VORAN

- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatz-Garantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung ...
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Zeche Sophia Jacoba stoppt den Kahlschlag im Steinkohlebergbau

Die Bergarbeiter der Zeche Sophia-Jacoba in Hückelhoven kämpfen gegen die drohende Schließung ihrer Zeche. Sie erlitten dabei große Unterstützung bei der Bevölkerung. Keiner kann verstehen, daß eine der modernsten Zechen Europas mit riesigen Kohlevorräten für über 100 Jahre dicht gemacht und 1000 Bergarbeiter auf die Straße gesetzt werden sollen. Mit den davon abhängigen Zuliefererbetrieben würde dies ein Verlust von 12-13.000 Arbeitsplätzen in Hückelhoven und Umgebung bedeuten.

Mit dem Beschluß vom 16.11.1988, die Revierausgleichszahlungen und die Beihilfe für niederflüchtige Kohle (verfeuert zu streifen, haben Kohl und Co. das Aus für Aachener Revier beschlossen und Vernichtung von ca. 30.000 Arbeitsplätzen eingeleitet. Betroffen sind auch andere Reviere (Aachen und Ruhr), insbesondere die Zechen Niederberg und Ibbenbüren, die die niederflüchtige Kohle fördern. Der Kahlschlagsplan sieht vor, bis Ende 1995 eine Förderkapazität von 13-15 Mio. Tonnen stillzulegen und 35.000 Bergarbeiter heute noch 150.000 Bergarbeiter entlassen.

Durchschnittsalter in den Zechen unter 35 Jahren. 3/4 der Belegschaft der Zeche Sophia Jacoba sind z.B. unter 40 Jahren alt. Das bisher praktizierte Verfahren funktioniert also nicht mehr.

Es wäre allerdings fatal, sich der Illusion von Ersatzarbeitsplätzen hinzugeben. Es gibt nicht einmal Ersatzarbeitsplätze für tausende bereits arbeitsloser Mechaniker, Schlosser oder Elektriker. Es gilt deshalb, auf jeden Fall für den Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze zu kämpfen. Voraussetzung sind natürlich umfassende Informationen für die Bergarbeiter und vor allem klare Antworten auf die Lügen aus den Bergbau-Aktionärskreisen.

Subventionen

Mit dem Gerede von Zuschüssen wird der Eindruck erweckt, die Bergarbeiter würden zuviel verdienen, und das auf Kosten der Steuerzahler. Tatsächlich wird der Zuschuß für jeden

im Bergbau Beschäftigten auf über 70.000 DM jährlich steigen. Wer bekommt aber das Geld? Nicht die Bergarbeiter - kassieren tun die Stromerzeuger und die Bergbauunternehmer.

Die Preise für Erdöl, Gas und Importkohle sind auf dem Weltmarkt gesunken, und die Preise für die deutsche Kohle sind gleich geblieben - das sagt zu Recht die Energieunternehmer. Demnach sollte der Strompreis für die Verbraucher eigentlich sinken. Dies ist nicht der Fall, und trotzdem verlangen die Stromerzeuger sogar noch mehr staatliche Gelder, damit sie sogar zweistellige Dividenden an ihre Aktionäre auszahlen können.

Ein Teil der Subventionen geht drauf für die Altlasten aus der Zeit der Bergbaubarone. Daher ist es wichtig, erstens die Offenlegung der Geschäftsbücher und damit auch den Nachweis der Verwendung der Subventionen zu fordern, und zweitens die 100%ige Überführung des Bergbaus in staatliche Hand unter demokratischer Arbeiterkontrolle, damit die Steuergelder nicht in den Taschen einiger Großaktionäre verschwinden.

Kämpfe erweitern und zusammenfassen

Die Erhöhung des Kohlepfennigs von 7,25% auf 8,5%, befristet bis 1991, sichert die Arbeitsplätze nicht. Auch Blüms Versprechen, anstelle der Zu-

schüsse für niederflüchtige Kohle irgendeine andere Hilfe zu finden, ist nicht mehr als eine Hinhaltenaktik, um die Kampfbereitschaft zu brechen. Andere Vorschläge, z.B. durch schleichen Arbeitsplatzabbau und Kurzarbeit die restlichen Arbeitsplätze zu sichern, müssen sofort abgelehnt werden. Sie führen nur zur Schwächung und Spaltung der Belegschaft. Nur Druck auf Bonn kann die Bundesregierung dazu zwingen, die notwendigen Mittel freizugeben.

Die Belegschaft der Zeche Sophia Jacoba hat ihren Kampfwillen bewiesen. Als nächster Schritt sollten Belegschaften von anderen Zechen (z.B. Niederberg und Ibbenbüren) durch Besuche auf gemeinsame Aktionen angesprochen werden. An alle Arbeitnehmer im Aachener Revier sollten Informationen und Solidaritätsschreiben gerichtet werden. Delegierte der Zeche könnten zu diesem Zweck vor Betriebsversammlungen sprechen.

Die IGBE-Führung hat schon viel zu lange gewartet, nationale Aktionen der Bergleute zu organisieren. Wenn weiter nur Kompromisse gemacht werden, sind bald der letzte Bergmann und der letzte Pütt verschwunden.

Kohle und Stahl sind eng miteinander verbunden. Die Stahlkoker sind jetzt vom Kahlschlag in der Stahlindu-

strie betroffen. Dies macht einen gemeinsamen Kampf von IGBE und IGM nicht nur sinnvoll, sondern unbedingt erforderlich.

Für die Sicherung aller Arbeitsplätze über 1995 hinaus sind folgende weitere Schritte notwendig:

- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie. Kohle ist die sicherere und - unter Einsatz moderner Filteranlagen - auch die umweltfreundlichere Energie.

- Drastische Arbeitszeitverkürzung durch 4-Tage-Woche (Montag bis Donnerstag) bei vollem Lohnausgleich. Das ist mehr als berechtigt, schließlich hat sich die Schichtleistung pro Bergmann in den letzten 30 Jahren von 1,6t auf 4,5t fast verdreifacht.

Die Durchsetzung dieser Forderungen erfordert eine umfassende Mobilisierung. SPD und DGB müssen volle Unterstützung leisten und, wenn nötig, einen gemeinsamen Marsch auf Bonn organisieren.

Bitte schickt Solidaritätsschreiben an den Betriebsrat der Zeche Sophia Jacoba. Dort kann auch Info-Material angefordert werden. Anschrift: Betriebsrat der Gewerkschaft Sophia Jacoba, Postfach 1320, 5142 Hückelhoven 1.

Gaëtan Kayitare, Aachen
SPD-Mitglied

weitregister

„Keine Apartheid auf deutschen Schiffen“

Am 12.11.1988 fand in Bremerhaven ein Aktionstag gegen die Einführung des Zweitregisters statt. Veranstalter war das „Aktionsbündnis“, an dem unter anderem die Gewerkschaften ÖTV, IGM und DAG teilnahmen. 100 Kolleginnen und Kollegen marschierten durch die Fußgängerzone und machten der Öffentlichkeit ihr Anliegen klar. Wir Jungsozialisten waren auch mit einigen Genossen beteiligt. Auf der Demonstration war die Wut und die Verbitterung der Seeleute eindeutig zu spüren. Man merkte, daß dies nicht einfach eine „Routinedemo“ war. Den Seeleuten geht es an den Kragen, und sie sind stinksauer. Beifall erhielt der Sprecher der ÖTV, als er klarmachte, daß sich der Widerstand nicht gegen die ausländischen Kollegen, sondern gegen Lohn-

tarifgemäße Löhne und gute Arbeitsbedingungen für alle wolle.

Die Wut der Seeleute zeigt sich auch am zehntägigen Hungerstreik der 29 Betriebsräte in verschiedenen Häfen der BRD. Die Gewerkschaft plant Infobus-Rundreisen, eventuell Demonstrationen im Norden und Normenkontrollklage. Öffentlichkeitsarbeit und der Versuch, die Maßnahmen auf dem Instanzenweg anzufechten, sind gut und richtig, aber reicht das aus für erfolgreichen Widerstand?

Die eiskalten Profiteure vom Reederverband und die Koalitionsparteien werden sich nicht durch einen Hungerstreik zur Umkehr zwingen lassen. Sie würde es nicht einmal interessieren, wenn die Kollegen gesundheitlichen Schaden erleiden würden. Und der Druck der „öffentlichen Meinung“ reicht auch nicht - siehe Steuerreform, Gesundheitsreform usw.

Kampfmaßnahmen

Erst wenn die Arbeiter ihre Macht zeigen und es an die Profiteure geht, werden die Bosse weich. Um die Forderungen durchzusetzen ist es nötig, daß die Gewerkschaften von symbolischen Aktionen zu Kampfmaßnahmen übergehen. In allen Seehäfen sollten vorbereitende Maßnahmen zur Durchführung eines Seeleutestreiks getroffen werden, z.B. auch Einleitung einer Urabstimmung. Und wenn die

Bürgerlichen uns wegen „illegaler, politischer Streiks“ anklagen, so müssen wir ihnen und der Öffentlichkeit entgegenhalten, daß sie mit dem Zweitregister Verbrechen begehen, indem sie Tausende von Seeleuten arbeitslos

machen und die Löhne drücken. Viel Zeit ist nicht mehr. Die Gewerkschaften müssen jetzt handeln.

Seeleutestreik gegen Zweitregister!
Solidaritätsaktionen der Hafen- und Werftarbeiter!

Was ist Zweitregister?

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf für ein sogenanntes Zweitregister im Bundestag eingebracht, mit dem sie die Reedereien unterstützt, die damit ihren Profit steigern können. Dieses Register ermöglicht es ihnen, daß sie keine „teuren“ deutschen Seeleute zu den hier gültigen Tarifverträgen beschäftigen müssen, sondern die meist rechtlosen und ausgebeuteten Seeleute aus den Entwicklungsländern holen (z.B. China, Indien, Philippinen) und zu Niedrigst(-)Löhnen beschäftigen können - also zu monatlichen Löhnen unter 100,- DM, mit denen ein deutscher Seemann seine in der BRD lebende Familie nicht ernähren könnte.

Das Zweitregister unterstützt nur noch die schon seit den letzten 10 Jahren betriebene Ausflagung, mit der schon die Zahl von ursprünglich 50.000 Arbeitsplätzen in Nord-

deutschland auf 17.000 gesenkt wurde. Die Ausflagung hat nämlich den Vorteil für die Reeder, Kosten und Steuern zu sparen. Ausflagung bedeutet den Austausch zwischen z.B. deutschen und indischen Besatzungen, d.h., daß (ursprünglich) deutsche Schiffe unter einer ausländischen Flagge fahren.

Die ausländischen Seeleute sind meist schlecht ausgebildet. Wenn dieser Gesetzentwurf durchkommt, wird es zu unverantwortlichen Gefahren in den sicherheitsrelevanten Bereichen, z.B. Lotsenwesen und Wasserschutzpolizei, kommen, weil nicht qualifiziertes Personal eingesetzt wird. Die ohnehin schon zerstörte Umwelt würde noch mehr Gefahren ausgesetzt, was die bisherigen Schiffsunglücke zeigen.

Jens Petersen, Bremerhaven
Jungsozialist



Die in der ÖTV organisierten Seeleute wehren sich dagegen, daß die Bundesregierung „Raschpolitik im deutschen Seeschiffahrtsrecht“ einführen will.

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221 / 134504

Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postscheckamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430

